

# BULLETIN

NUMMER 1 | MÄRZ 2024



- \* 11 Nationalrat - Stopp Ring Fencing \*
- \* 14 Initiative - Ja zur Transparenz \*
- \* 16 Initiative - Zug wird Velokanton \*
- \* 23 Völkerrecht - Völkerrecht ernst nehmen \*
- \* 24 Ukraine - Zwei Jahre Krieg und Zug \*

## 2 Inhaltsverzeichnis

### 3 Editorial

Am Rande Europas

### 4 Abstimmung

Neu denken und handeln

### 5 Abstimmung

Ja zur DNA der Schweiz

### 6 Kantonsrat

Gewerbe-Lehrstellenverbund

### 7 Kantonsrat

Ein besseres Waldgesetz

### 8 Umweltpolitik

Zwischen Frust und Lust

### 10 Grünspecht

In der SVP-Falle

### 11 Nationalrat

Stopp Ring Fencing

### 12 Initiative

Gesundheit im Fokus

### 14 Initiative

Ja zur Transparenz

### 16 Initiative

Zug wird Velokanton

### 18 Ortsplanung

Grüne Korrektur

### 19 Junge Alternative

Endlich eingeladen

### 20 Antisemitismus

Linker Antiantisemitismus

### 23 Völkerrecht

Völkerrecht ernst nehmen

### 24 Ukraine

Zwei Jahre Krieg und Zug

### 25 Demokratie

Progressivste Verfassung

### 26 Service

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum

## «Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Alternative – die Grünen Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

**Redaktion und Herausgeberverein**  
«Das BULLETIN»

## Genderstern (\*)

Für die Darstellung gerechter Geschlechterverhältnisse und eine fortschrittliche Abbildung der gesellschaftlichen Realität möchte das BULLETIN eine gendergerechte Sprache verfolgen. Heute gibt es viele Möglichkeiten, Sprache zu gestalten, so dass die Gleichstellung der Geschlechter und die vielen und variablen Geschlechtsidentitäten sichergestellt werden. Die Autor\*innen der Beiträge im BULLETIN wählen die Form der Schreibweise selber, die Redaktion verwendet den Genderstern.

## Titelbild

Ist das jetzt transparent?

# Am Rande Europas

Natalie Chiodi



Die Autorin aktuell unterwegs.

«Ich bin dann weg», sagte ich zu meinen Kolleg\*innen, als es um die Planung dieser BULLETIN-Nummer ging, beziehungsweise um die Redaktion derselben. Während ich die ersten Worte schreibe, sitze ich im Zug mit dem Ziel Griechenland. Ich fahre der Küste Italiens entlang und lese das Buch «Die Insel» von Franziska Grillmeier, ein Bericht vom Ausnahmezustand an den Rändern Europas. Es schildert auf eindruckliche Weise den Alltag an Europas Grenzen und die systematischen Verstösse gegen Menschenrechte. Ich bereite mich mit dieser Lektüre auf meinen Einsatz in einem Gemeinschaftszentrum für geflüchtete und bedürftige Menschen in Griechenland vor. Davon werde ich in der nächsten Nummer des BULLETINS berichten. In dieser Nummer macht auch Julia Küng eine Empfehlung für ein Buch und einen Film. Auch in ihrem Artikel geht es um die Inklusion von Menschen aus anderen Ländern und Kulturen.

In Griechenland angekommen verfolge ich mit Spannung, was in Zug und der Schweiz passiert. Am Abstimmungstag vom 3. März freue ich mich mit all jenen, die viel Arbeit in die Nein-zum-Tunnel-beziehungsweise-zu-dieser-Art-von-

Verkehrsplanungs-Kampagne gesteckt haben, und über das wuchtige JA zur 13. AHV-Rente. Nun möchte ich den Spiess umkehren und den BULLETIN-Leser\*innen etwas Weniges aus Griechenland berichten, die Flüchtlingskrise weglassend und soweit das meine privilegierte Situation zulässt (und in Unkenntnis der griechischen Sprache). In der Woche vom 28. Februar gab es einen Streiktag in Griechenland, weil vor Jahresfrist 57 Menschen bei einem Zusammenstoss zweier Züge gestorben waren. Dazu aufgerufen hatte die Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes, um die ernsthafte Aufarbeitung und Konsequenzen für die Verantwortlichen des Unglücks zu fordern. Der Ministerpräsident hatte menschliches Versagen als Ursache genannt, um die kriminelle Vernachlässigung einer sicheren Infrastruktur zu vertuschen. Ein Ziel der Streikenden ist es, dass in Zukunft auch Regierungsmitglieder zur Rechenschaft gezogen werden könnten.

Hier gibt es sie noch – die vielen kleinen Geschäfte aneinandergereiht in einer Strasse. Als ich kürzlich den kleinen Laden einer Schmuckdesignerin besuchte, beklagte sie sich über die Steuern,

die sie zu bezahlen hätte. Zwei Drittel des Einkommens müsste sie abgeben, meinte sie: «We work, work, work and pay, pay, pay.» Aber – und das lässt mich immer wieder staunen – als ich meine Geschenke gekauft hatte und am Schluss noch etwas wollte, gab sie es mir gratis, ohne dass ich danach gefragt hätte.

Die Reise zum Orakel von Dodona war eine Offenbarung und das nicht, weil ich in die Zukunft blicken konnte, sondern wegen der Taxifahrt. Nach wenigen Minuten war ich mit dem Fahrer in ein äusserst aufschlussreiches politisches Gespräch vertieft und er war nicht mehr zu bremsen. Er wirkte äusserst enttäuscht über die Griech\*innen, die gemäss seinen Aussagen zu 50 Prozent die russische Politik unterstützen. In diesem Zusammenhang meinte er: «I'm not a philosopher, but a human being who can think.» Seiner Aussage zufolge sind die Geschichtsbücher, die heute in Griechenland verwendet werden, noch immer dieselben wie vor 35 Jahren. Er meinte, es sei dringend notwendig, dass sich die Griech\*innen mit ihrer Geschichte auseinandersetzen müssten; er lobte die Anbindung Griechenlands an die EU und ist überzeugt, dass sie nur dadurch eine stabile Demokratie in Griechenland hätten. Wir waren so ins Gespräch vertieft, dass er während meiner Besichtigung der antiken Anlage auf mich wartete, um mich zurückzufahren und das Gespräch fortzuführen. Selbstverständlich hat er mir diese Wartezeit nicht verrechnet. Es war eben dieser Taxifahrer, der mich darauf hinwies, dass die kleinasiatische Katastrophe gerade mal 100 Jahre her ist und viele Griech\*innen selber Vertriebene waren. Selten hat eine Taxifahrt mehr Vergnügen gemacht und ich habe von unerwarteter Seite einen klugen Blick auf dieses Land erhalten. ■

# Neu denken und handeln

Luzian Franzini, Co-Präsident Alternative – die Grünen Kanton Zug

**4** Es war ein historischer Moment, als die Ergebnisse der Abstimmungen vom 3. März 2024 im Kantonsratsaal verkündet wurden. Mit über 56 Prozent und 53 Prozent versenkt die Bevölkerung die Autotunnels in Zug beziehungsweise in Unterägeri.

Das Verdikt war klar: Weder die Stadtzuger Bevölkerung noch der Rest des Kantons Zug möchten die Milliarden-Tunnelprojekte, welche der bürgerliche Regierungsrat und der Kantonsrat im Rekordtempo durchdrücken wollten. Grund der Abstimmung war eine unverständliche Zwängerei, denn seit 1985 hat die Bevölkerung viermal über den Zuger Stadttunnel abgestimmt.



Begraben. In Erinnerung an die Zuger Tunnelträume.

## Schlappe für die Bürgerlichen

Das doppelte Nein ist ein historischer Sieg für die ALG und unsere Verbündeten aus der SP, dem VCS, von ProVelo und weiteren Organisationen. An dieser Stelle ein herzliches

Dankeschön an die viele freiwilligen Helfer:innen, welche diesen Erfolg erst möglich gemacht haben. Es ist eine Schlappe für die bürgerlichen Parteien, allen voran für die GLP, welche sich mit der Unterstützung dieser beiden Strassenprojekte endgültig aus dem ökologischen Lager verabschiedet hat. Die Bevölkerung lässt sich nicht alles vorsetzen und sie hat erkannt, was der ehemalige Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel bereits anfangs der 70er Jahre wusste:

«Wer Strassen sät, wird Verkehr ernten.»

Für die ALG ist klar: Das Verkehrswachstum muss grundsätzlich angegangen werden, auch ausserhalb der klassischen Verkehrspolitik. So ist die massive Verkehrszunahme zum Teil auch hausgemacht und auf das massive Steuerdumping, dem entsprechenden Wachstum bei den Arbeitsplätzen und dem daraus resultierenden Boom der Pendler:innen zurückzuführen. Bisher hatten sowohl Stadt- wie auch Regierungsrat als Grundlage für die Verkehrspolitik ein Verkehrswachstum als unlenkbares Faktum genommen. Dabei muss es nun Aufgabe der

Regierung sein, entsprechend auch die Verkehrspolitik zu lenken. Wir haben den höchsten SUV-Anteil und die höchste Motorisierungsquote in der ganzen Schweiz. Dieser Entwicklung muss mit guten Anreizen begegnet

werden. Es braucht nun ein Gesamtverkehrskonzept ohne Kapazitätserweiterungen auf der Strasse und mit einer Erhöhung des Modalsplits. Denn der Anteil von öV-Pendler:innen ist im Kanton Zug mit 27,8 Prozent relativ tief im Verhältnis zu den topographischen Möglichkeiten.

## Sinnvoll Geld ausgeben

Der Kanton Zug verfügt mit über zwei Milliarden Eigenkapital über ein solides Polster, um zukunftsgerichtete Investitionen zu tätigen. Dieses Geld muss nun zugunsten der Zuger Bevölkerung eingesetzt werden. Wir fordern, dass mit einer substanziellen Summe öV-Billetts vergünstigt werden und zudem Strecken und Taktfrequenzen ausgebaut werden. Weiter soll endlich ein Fonds zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum im Kanton Zug geschaffen werden, wie dies die ALG bereits im Kantonsrat gefordert hat. Ebenfalls braucht es Massnahmen, um den Klimaschutz im Kanton voranzubringen, wie etwa einen Klimafonds. Auch sozialpolitisch kann das freigewordene Geld gut eingesetzt werden. Um Mittelstandsfamilien vor den Auswirkungen der Teuerung etwas zu schützen, könnte eine Einführung von Familienergänzungsleistungen eine interessante Lösung sein. Auch die Bekämpfung der Armut muss nun mit neuem Elan angepackt werden. So muss jetzt beispielsweise der Grundbedarf für die Sozialhilfeempfänger\*innen an die Teuerung angepasst werden und eine unabhängige Fachstelle für Sozialhilfe geschaffen werden. Auch die Massnahmen des Sparprogrammes 2019 sollen nun definitiv rückgängig gemacht werden. Für die Linke zeigt diese Kampagne: Wenn alle am gleichen Strick ziehen, ist auch im bürgerlichen Kanton Zug vieles möglich. Nutzen wir diese neugewonnene Energie für positive Veränderung im Kanton. Auch gemeinsam mit dir? ■

# Ja zur DNA der Schweiz

Franz Lustenberger

**Manch bürgerliche Politikerinnen und Politiker sowie die Wirtschaftsverbände haben sich schon nach den ersten Hochrechnungen am Abstimmungssonntag vom 3. März 2024 verwundert die Augen gerieben; das Ja zur 13. AHV-Rente wird als Sensation bezeichnet. Zum ersten Mal hat sich die Stimmbevölkerung für einen sozialpolitischen Ausbau entschieden. Doch es gibt Erklärungen. Eine Analyse ohne Anspruch auf Vollständigkeit.**

Vor 30 Jahren, im Februar 1994, hatten Volk und Stände die Alpeninitiative angenommen – auch gegen den Willen des Bundesrats. Später dann die Abzockerinitiative, die Initiative gegen den uferlosen Bau von Zweitwohnungen, die Pflegeinitiative, und jetzt die 13. AHV-Rente. Alle diese Entscheide zugunsten von Volksinitiativen sind auch im Selbstverständnis der Schweizerinnen und Schweizer begründet, oder um es plakativer auszudrücken: in der DNA der Schweiz. Man erinnert sich an alte Filmaufnahmen der Schweizer Wochenschau aus dem Jahre 1948, als der Postbote zum ersten Mal die AHV-Rente ausbezahlte, an die glücklichen Augen der Frauen und Männer, die jahrelang gearbeitet hatten und nun die erste Rente in den Händen hielten. Das Sozialwerk AHV gehört zur DNA der Menschen in der Schweiz; die AHV, also ein würdiges Leben im Alter, ist im Bewusstsein der Bevölkerung tief verankert. Nach dem Ja vom 3. März 2024 muss die Sozialpolitik neu justiert werden.

## Alpen, Ausgleich und Gier

Die Berge und die Natur, oft auch in verkürzter Form jenseits der gebauten Wirklichkeit, gehören ebenfalls zur DNA der Schweizerinnen und Schweizer. Zweimal in den letzten 30 Jahren hat sich die Stimmbevölkerung klar und eindeutig für den Schutz des Alpenraums ausgesprochen: Die Alpeninitiative wollte den Transitverkehr von Gütern von der Strasse auf die Schiene verlagern; dieser Grundsatzentscheid wurde beispielsweise mit der Einführung der Schwerver-

kehrsabgabe und dem Bau der grossen Bahntunnels am Gotthard und Lötschberg in der Folge mehrmals bestätigt. Ins gleiche Raster passt die Zweitwohnungsinitiative, welche den Anteil von Zweitwohnungen auf höchstens 20 Prozent beschränkt.

Zur DNA der Schweiz gehören auch der ausgesprochene Wille zum Kompromiss und zum Ausgleich der Interessen, also ein Sinn für Gerechtigkeit in der Eidgenossenschaft. Damit lässt sich das Ja zur Pflegeinitiative und auch das Ja zur Abzockerinitiative teilweise erklären. Millioneneinkommen und Milliardenvermögen sind in der Schweiz verpönt, auch wenn der schrankenlose Neoliberalismus etwas Anderes predigt.

## Klare Aussagen und engagierte Menschen

Neben der DNA in der Bevölkerung spielen weitere Faktoren bei Abstimmungen wichtige Rollen. Da ist einmal die Notwendigkeit, klare und verständliche Aussagen, die zur Lebenswirklichkeit passen, zu machen. «Brummis auf die Schiene»,

«Gegen kalte Betten», «Damit wir da sind, wenn du uns brauchst». Die Botschaft für ein Ja zur 13. AHV-Rente war aus dem täglichen Leben der Menschen hergeleitet: Immer höhere Ausgaben für Mieten, Krankenkassenprämien, Strom und Lebensmittel fressen eine Monatsrente weg. Die Weltuntergangsargumentation der Gegner dagegen verfiel nicht («Die Initiative treibt die AHV in den Ruin»), oder hatte ein Glaubwürdigkeitsproblem («Keine Zusatzrente für Millionäre»). Ausgerechnet die Parteien der Millionäre argumentierten mit dem Neid auf Millionäre. Plumper geht's nicht.



Ein letzter Punkt: Erfolgreiche Abstimmungskampagnen brauchen nicht nur einprägsame und nachvollziehbare Slogans. Sie benötigen auch Menschen mit hoher Glaubwürdigkeit. Das Gesicht der Alpeninitiative war der Urner Landammann Hansruedi Stadler, das Gesicht der Zweitwohnungsinitiative Franz Weber, das Gesicht der Pflegeinitiative waren die vielen Pflegefachpersonen – und das Gesicht der AHV-Initiative war eben Gewerkschaftspräsident Pierre-Yves Maillard. Fazit: Es kommt auf den Inhalt und die Köpfe an. ■

# Gewerbe-Lehrstellenverbund

Esther Haas, Kantonsrätin ALG Cham

6

«Die Ausbildung von Lernenden ist eine grosse Herausforderung. Die Berufsbildner/-innen müssen nicht nur mit dem technischen und technologischen Fortschritt mithalten und produktiv sein, sondern auch Know-how vermitteln und ihre Rolle als Bezugsperson für die Lernenden wahrnehmen. Dabei fehlt es aber oft an Sozial- und Methodenkompetenzen.»

Diese Einschätzung der «Stiftung TOP-Ausbildungsbetrieb» sagt eigentlich alles über die Herausforderungen, denen Ausbilderinnen und Ausbilder gegenüberstehen: Sie verfügen über ein grosses berufliches Fachwissen, müssten aber auch Profis sein, wenn es um die Sozial- und Methodenkompetenzen geht.

haben sogar eine Berufsschule, die das «gewerbliche» in ihrem Namen trägt, aber wir haben keinen gewerblichen Verbund. Anfangs August 2023 waren in der Schweiz von 80 000 Lehrstellen 12 000 nicht besetzt, vor allem auf dem Bau, im Gastgewerbe und in der Metall- und Maschinenindustrie. Viele Betriebe wollen Lernende ausbilden,



Ein Verbund für gewerbliche Lehrbetriebe fehlt noch!

Berufliches Fachwissen muss vorausgesetzt werden, Sozial- und Methodenkompetenzen sind nicht per se vorhanden. Lehrlingsverbände können bei der Suche nach Lernenden, in administrativen Belangen, im Umgang mit Jugendlichen unterstützen. Jugendliche müssen erleben, dass man sie ernst nimmt, ihre Arbeit schätzt und sie bis zum erfolgreichen Lehrabschluss begleiten will.

## Verbundlösungen

Im Kanton Zug haben wir aktuell zwei Lehrlingsverbände. Eigentlich ist es erstaunlich, dass es neben Bildzug und dem Bildungsnetz keinen Verbund für die gewerblichen Berufe gibt. Wir

finden aber keine Interessierten oder fühlen sich überfordert mit den Anforderungen. Auch im Kanton Zug muss unbedingt nachgebessert werden. Analog zu den bestehenden Modellen Bildzug und Bildungsnetz gibt es weitere Ideen, wo vor allem gewerbliche Berufe zum Zug kommen:

- Mikroverbundlösungen von ca. fünf Betrieben, die zusammen Lernende ausbilden und einen gemeinsamen Verantwortlichen für die Ausbildung stellen.
- Alle Betriebe, die keine Lernenden ausbilden, zahlen in einen Fonds ein. Mit den Geldern aus dem Fonds werden Verbundlösungen finanziert.

(Betriebe, die ausbilden wollen, aber keine Lernenden finden, müssten bei der Fondslösung entsprechend berücksichtigt werden.)

## Auftrag für die Regierung

Der Kanton Zug engagiert sich bei Bildzug und beim Bildungsnetz. Wenn es dem Kanton ernst ist mit der Förderung der gewerblichen Berufe, muss er sich auch bei diesen finanziell engagieren. Mit Verbundlösungen bekommen Lernende eine qualitativ gute Begleitung, Lehrbetriebe, vor allem Kleingewerbler, werden entlastet. Werden Lehrbetriebe mit Auffälligkeiten von Lernenden konfrontiert, kann eine Verbundlösung professionellisiertes Vorgehen bieten oder unterstützen. 60 Prozent der Lernenden geraten während der Lehrzeit in spürbare Schwierigkeiten, diesen gilt es mit Hilfsangeboten entgegenzuwirken. Lernende, welche die Lehre ohne jegliche Probleme durchlaufen, würden von Verbundlösungen ebenso profitieren, ihre fachlichen und schulischen Talente könnten gezielt gefördert werden. Mit Berufslehren, hinter denen Qualität steckt, gewinnen auch Eltern Vertrauen, dass ihre Kinder gut vorbereitet sind auf die Arbeitswelt. Viele Eltern glauben immer noch, nur das Gymnasium sei das Richtige für ihr Kind, obwohl die Kinder Talent und Freude für eine Berufslehre, ein Handwerk hätten.

Ich bin mir bewusst, dass die Krise der gewerblichen Berufslehren vielschichtig ist. Gerade deshalb steht der Kanton Zug in der Pflicht, sich ernsthaft des Problems anzunehmen. Der Kanton Zug muss sich für einen gewerblichen Verbund finanziell engagieren, so wie er das bei Bildzug und dem Bildungsnetz bereits tut. Dass die Lösung kompliziert werden kann, ist kein Grund wegzusehen. Die Herausforderung ist anzupacken. Gleicher Meinung ist der Zuger Kantonsrat, an der Dezember-sitzung 2023 hat die Regierung den Auftrag bekommen, Lösungsansätze zu prüfen. ■

# Ein besseres Waldgesetz

Vroni Straub, Kantonsrätin CSP Stadt Zug

**Der Wald ist etwas ganz Besonderes. Er ist lebenswichtig für uns Menschen und die Tiere. Wälder gehören neben den Ozeanen zu den produktivsten Ökosystemen und sie beherbergen mehr Tier- und Pflanzenarten als alle anderen Land-Ökosysteme zusammen.**

Ich bin unheimlich gerne im Wald. Mir gefällt die Stille dort, aber auch die Wildheit. Der Wald braucht jedoch Schutz vor uns. Deshalb hat der Kantonsrat das Waldgesetz im Kan-

ton Zug revidiert. Zusammen mit Stéphanie Horat konnte ich mich in der kantonsrätlichen Kommission zum revidierten Waldgesetz einbringen. Spazieren, joggen, velofahren,

reiten – das sind lauter Tätigkeiten, die viele von uns gerne im Wald ausüben. Über 90 Prozent der Schweizer Bevölkerung nutzen den Wald. Das ist gut so. Gleichzeitig ist der Wald Heimat vieler Tiere und Pflanzen. Um diesen Lebensraum nicht zu stören, ist ein rücksichtsvolles Verhalten aller Besucherinnen und Besucher sowie die Einhaltung bestimmter Regeln notwendig.

7



See, Stadt und Wald: Unser Lebensraum.



Lebendige Landschaft.

## Neues Waldgesetz

Wir konnten für uns wichtige Punkte im neuen Waldgesetz verankern. So zum Beispiel eine Leinenpflicht für Hunde während der Setzzeit des Wildes von April bis Ende Juli. Unser Hund Maxi würde wohl nie ein Reh reissen. Aber ich kann nicht die Hand ins Feuer legen, dass er aus lauter Jux und Tollerei nicht mal einem Reh hinterherrennt. Für trüchtige Rehe kann das verheerend enden. Deshalb unterstütze ich als Hundehalterin diese Leinenpflicht. Ebenso konnten wir ein Drohnenverbot bis 50 Meter über Boden erreichen. Selbstverständlich kann für spezielle Zwecke eine Bewilligung für Drohnen eingeholt werden. Aber ich will nicht, dass mich eine Drohne während meines Waldspazierganges verfolgt.

Das schwierigste Thema ist wohl die Nutzung des Waldes durch die Bikerinnen und Biker. Wir haben uns darauf geeinigt, dass sie in Zukunft nur die Waldstrassen und spezielle im Richtplan bezeichnete Bikestrecken, nicht aber Waldwege nutzen dürfen. Dies, um das Wild und die Waldnutzung zu schützen. Im Vorfeld wurde dies mit der IG Mountain Bike und den Zuger Bikeclubs so ausgehandelt. Nun wurde aus der Bikerszene trotzdem das Referendum ergriffen, was ich bedaure. ■

# Zwischen Frust und Lust

Stéphanie Horat-Vuichard, ehemalige Kantonsrätin ALG, Stadt Zug

**8 Ende Dezember ist Stéphanie Horat-Vuichard aus dem Kantonsrat zurückgetreten. Für das BULLETIN hat sie einen persönlichen Rückblick auf ihre Tätigkeit im Kantonsparlament geschrieben.**

Oftmals werde ich gefragt, wie ich politisch aktiv wurde. Ein wichtiger Impuls war, dass ich während meines Studiums im Umweltbereich immer wieder auf frustrierende Fakten stiess: Weltweit ist ein starker Biodiversitätsschwund und das Zusteuern auf ein sechstes Massenaussterben im Gange; in der Schweiz sind ein Drittel aller untersuchten Arten und die Hälfte der Lebensräume bedroht. Die Schweiz steht schlecht da: Sie gehört zu den Industrieländern mit den höchsten Anteilen an gefährdeten Arten und hat im Vergleich zu anderen europäischen Ländern weniger Schutzgebietsfläche; im Bereich Klimawandel geschieht noch viel zu wenig; in der Landwirtschaft gibt es einen zu hohen Pestizid- und Düngereinsatz mit negativen Auswirkungen auf die Insekten- und Pflanzenvielfalt, auf die Gewässer und schliesslich auch auf unsere Gesundheit; schädliche Chemikalien wie PFC (per- und polyfluorierte Alkylverbindungen) an Alltagsgegenständen (z.B. Regenjacken) oder Mikroplastik in Kosmetika und vom Pneumabtrieb gefährden ebenfalls Mensch und Umwelt. Zwar hätte die Schweiz in vielen Belangen gute Umweltschutzgesetze, doch hapert es oft beim Vollzug. Als Ausrede heisst es meist, «wegen der Politik». Die Politik und ein Grossteil der Bevölkerung sehen die Biodiversität und eine intakte Umwelt als schöne Nebensache und nicht als notwendige Lebensgrundlage.

Trotz betrübenden Aussichten ist es die immer wiederkehrende Faszination für die Natur, welche mich motiviert, aktiv für die Natur einzustehen. So fing ich an, mich mehr für (Umwelt-)Politik zu interessieren. Eine Aneinanderreihung von Ereignissen und Begegnungen mit grossartigen Menschen führten dazu, dass ich mich

2018 erstmals für die kantonalen Wahlen aufstellen liess. Mit viel Unterstützung wurde ich dann auch tatsächlich gewählt.



Hohe Farbtemperatur zieht besonders viele Insekten an, welche daran verenden. (Bildquelle: [stadt-zuerich.ch/site/umweltbericht/de/index/licht.html](http://stadt-zuerich.ch/site/umweltbericht/de/index/licht.html))

## Steter Kampf gegen Lichtverschmutzung

In den letzten fünf Jahren im Kantonsrat setzte ich mich dafür ein, effektive Verbesserungen für unsere Umwelt im Kanton zu erreichen. Obwohl die Mehrheitsverhältnisse oft gegen die Natur sprechen, gab es einige Erfolge. Einer meiner ersten Erfolge hatte einen langen Weg hinter sich. Es fing damit an, dass ich in meinem Beruf eine Tagung und einen Kurs zum Thema Lichtverschmutzung mitorganisierte. Wenn Aussenbeleuchtungen

erneuert werden, wird heutzutage auf LED umgestellt, was an sich gut ist, da es viel Energie einspart. Allerdings wird meist LED mit einer hohen Farbtemperatur (hohe Kelvin-Zahl) gewählt. Diese erzeugen ein Licht mit einem hohen Blauanteil, was uns kalt und grell erscheint. Dies wirkt sich nachweislich negativ auf die Gesundheit des Menschen aus (z.B. Schlafstörungen) und hat enorme negative Auswirkungen auf diverse Pflanzen- und Tierarten. Es kann Ökosysteme beeinträchtigen und ist höchstwahrscheinlich mitverantwortlich für das drastische Insektensterben. Inzwischen gibt es auch warmweiss leuchtende LED mit einer tieferen Farbtemperatur, die einerseits für den Menschen angenehmer sind, aber auch weniger Insekten anziehen oder andere Tiere abschrecken.

Im Juni 2019 reichte ich die «Interpellation betreffend Anstrengungen des Kantons zur Vermeidung von schädlicher und lästiger Lichteinwirkung» ein. Ich wollte erfahren, wie der Regierungsrat zu diesem Thema steht und ob er gewillt ist, Massnahmen gegen schädliche Lichteinwirkungen zu ergreifen. Die Antwort des Regierungsrates erschien im Dezember 2019. Im Kantonsrat wurde der Vorstoss coronabedingt erst im Juli 2020 behandelt. Der Regierungsrat war damals nicht gewillt, Verbesserungen vorzunehmen. Er wies in der Antwort auf das Beleuchtungsreglement aus dem Jahr 2008 hin; darin findet sich nichts zur Problematik der zu hohen Farbtemperatur. Auch Hinweise auf intelligente Steuerungssysteme mit Präsenz-Sensorik und dynamischen Zeit- und Dimmpprofilen fehlen. Damit kann nachts oder wenn niemand vorbei geht, das Licht heruntergedimmt werden. Auch behauptete der Regierungsrat, aus Sicherheitsgründen seien LED mit 4000 Kelvin (blauweisses Licht) nötig. Ich erläuterte daraufhin, dass für die Sicherheit eine gleichmässige Beleuchtung entscheidend sei und

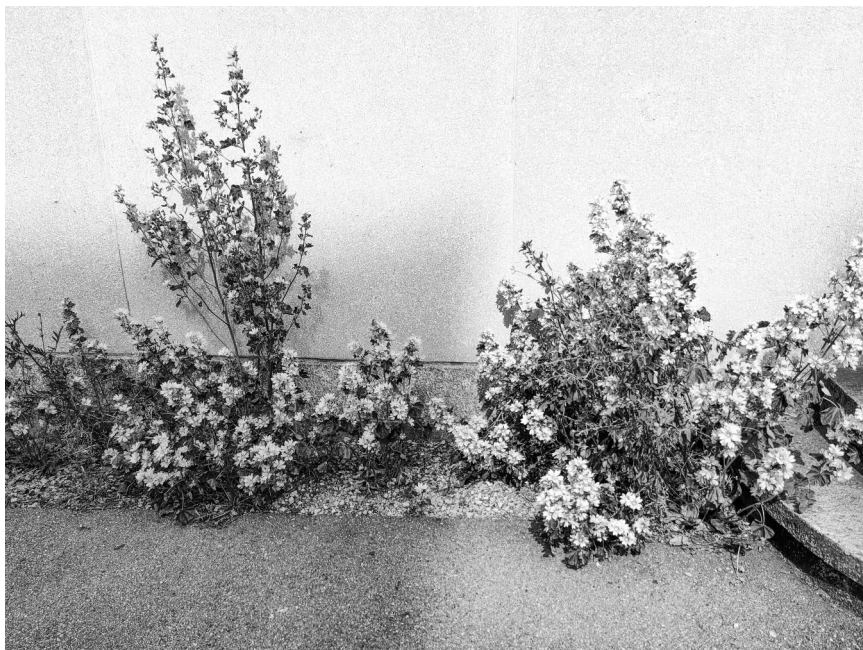


weniger die Helligkeit der Leuchten. Zu grelles Licht kann sogar blenden und ist kontraproduktiv.

Aufgrund der enttäuschenden Antwort des Regierungsrates reichte ich mit Kantonsrät\*innen aus der damaligen CVP und der SP das «Postulat betreffend Vermeidung schädlicher Lichteinwirkung» im Oktober 2020

### Weitere Erfolge

Im März 2021 wurde eine Interpellation von Kantonsrät\*innen aus der Mitte zum Thema Quaggamuschel im Kantonsrat behandelt. Die Quaggamuschel ist eine gebietsfremde, also nicht einheimische Tierart, welche immense finanzielle und ökologische Schäden anrichtet, wenn sie einmal in ein



Auch ein schmaler Grünstreifen entlang eines Weges oder einer Strasse kann eine attraktive Blütenvielfalt hervorbringen.

ein. In der Zwischenzeit hatten wohl der Regierungsrat und die Verwaltung verstanden, dass eine tiefere Farbtemperatur / Kelvin-Zahl positiv sein kann und Sicherheitsbedenken unbegründet sind. Im November 2021 lagen Bericht und Antwort des Regierungsrates zum Postulat vor. Per sofort werden Strassenbeleuchtungen entlang der Kantonsstrassen mit angenehmeren 3000 Kelvin LED ersetzt, anstelle der bisherigen blauweissen 4000 Kelvin LED. Zudem wurde das Beleuchtungskonzept von 2008 aktualisiert. Zu meiner grossen Freude wurde an der Kantonsratsitzung im März 2022 das Postulat erheblich erklärt.

Gewässer eingeschleppt wurde. Die Antwort des Regierungsrates war nicht zufriedenstellend. Zusammen mit Kantonsrät\*innen der Mitte, der FDP und der SP reichten wir deshalb das «Postulat betreffend die aquatischen, invasiven Organismen» ein. Darin wird gefordert, mehr Ressourcen für Massnahmen gegen aquatische, invasive und gebietsfremde Arten wie die Quaggamuschel zu sprechen. Im April 2021 wurde dieser Vorstoss im Kantonsrat überwiesen und sofort behandelt. Wir gewannen eine Mehrheit und das Postulat wurde für erheblich erklärt. Dank unserem Druck hat der Regierungsrat zwischenzeitlich mehrere Massnahmen eingeleitet. Unter

anderem gilt seit letztem Sommer eine Reinigungspflicht für Boote, welche von einem anderen Gewässer in ein Zuger Gewässer einwassern wollen. Ebenfalls mehr Ressourcen konnte ich für die Sensibilisierung im Wald und in Naturschutzgebieten für ein konfliktfreies Nebeneinander von Erholungssuchenden, Waldeigentümer\*innen und der Natur erreichen. Das «Postulat betreffend Förderung eines konfliktfreien Miteinanders von Erholungssuchenden und Natur» wurde im März 2023 vom Kantonsrat erheblich erklärt. Für das Problem Vogelschlag – wenn Vögel massenhaft in Glasfassaden fliegen und verenden – kam im Kantonsrat keine Mehrheit für griffige Massnahmen zustande. Allerdings ist die Sensibilität für dieses Thema in den Gemeinden und in der Politik gestiegen.

Im Weiteren wird aufgrund meiner Inputs in der Tiefbaukommission bei Strassenbauprojekten künftig stärker darauf geachtet, weniger zu versiegeln und an geeigneten Stellen einen Grünstreifen statt Asphalt zu erstellen. Es betrifft dabei jeweils nur eher kleine Flächen, doch in der Summe kommt so einiges an weniger Versiegelung zusammen. Und auch kleine Grünflächen mit einer naturnahen Bepflanzung und Pflege beherbergen wertvolle Blütenpflanzen, welche für Insekten eine wichtige Nahrungsquelle und für das menschliche Auge ein attraktiver Farbtupfer sein können. Es gibt noch viel zu tun für Verbesserungen im Umweltbereich. Trotzdem entschied ich mich, per Ende 2023 als Kantonsrätin zurückzutreten. Aus familiären Gründen liegt es mir zeitlich leider nicht mehr drin, das Mandat pflichtbewusst und engagiert weiterzuführen. Ich bin dankbar, konnte ich dieses ehrenvolle Mandat ausführen und in dieser überaus spannenden Zeit viel Neues lernen. Ich möchte mich hiermit herzlich bei der Partei und der Fraktion Alternative – die Grünen bedanken, dass mir das ermöglicht wurde. ■

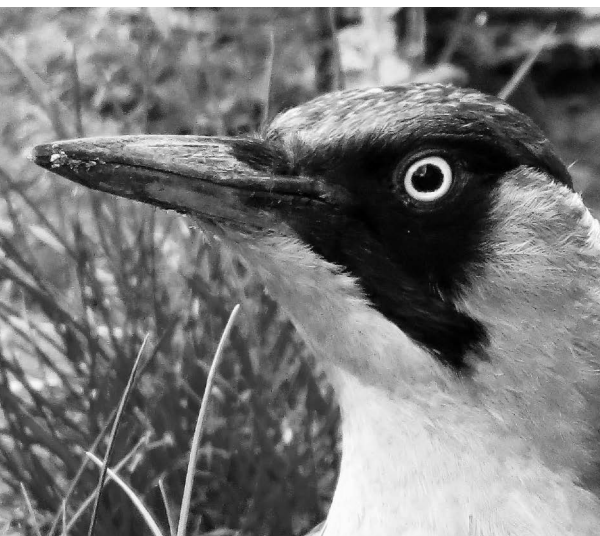
# In der SVP-Falle

Grünspecht – ein kritischer Vogel

10

**Einst war die FDP die dominierende Partei der Schweiz – das ist lange her. In ihrem Selbstverständnis will sie es immer noch sein. Um an ihre historische Bedeutung wieder anzuknüpfen und zu gewinnen, hat sich die FDP bei den Wahlen im letzten Oktober an die SVP angeschmiegt, mit Listenverbindungen und dem wirren Rückzug von eigenen Ständeratskandidaten zugunsten der SVP. In dieser Falle ist die FDP nun gefangen.**

In seiner wöchentlichen Kolumne in den vielen Gratiszeitungen gibt Christoph Blocher regelmässig den Tarif durch; er definiert, was bürgerlich ist und was nicht. Unter dem Titel «Bür-



gerlicher Zerfall» (Zuger Woche vom 22. November 2023) liest er der Mitte und besonders der FDP die Leviten. Diese habe in den letzten 30 Jahren «das bürgerliche Lager mehr und mehr verlassen». Und zum Schluss: «Wenn FDP und Mitte wieder bürgerlich politisieren, geht es auch der Schweiz wieder besser.»

Wer nicht nach der Herrliberger Pfeife tanzt, wird abgestraft. Der Grünspecht hat sich in den letzten Monaten schon gefragt, weshalb sich die FDP dies antut. Während sich die Mitte unter Gerhard Pfister aus diesem engen Korsett zu befreien sucht und dabei recht erfolgreich einen Kurs der bürgerlichen Mitte verfolgt, bleibt die FDP in dieser Falle gefangen. Man

verkündet zwar laut, man sei weder ein rechter Pol noch ein linker Pol (das schon gar nicht), man sei der wahre liberale Pol. Wie wenn es in der Schweiz einen illiberalen Pol als Gegensatz dazu gäbe.

## Vor der Nagelprobe

Wenn es um Finanz-, Steuer- oder Sozialpolitik geht, dann sind sich FDP und SVP in der Regel einig. Beide haben etwa Ja gesagt zur Erhöhung des Rentenalters, beide stehen für Steuersenkungen, die vor allem den Wohlhabenden und den Unternehmen zugutekommen. Aber schon in der Finanzpolitik zeigen sich Risse – FDP-Bundesrätin Karin Keller-Suter steht für einen klaren Sparkurs bei den Bundesfinanzen; die SVP will ihre Klientel, insbesondere die Bauern, vor Sparmassnahmen schützen und Subventionen eher ausbauen statt kürzen. Die grosse Auseinandersetzung wird aber in der Europapolitik stattfinden. Der Bundesrat, allen voran FDP-Aussenminister Ignazio Cassis, will in dieser Legislatur ein neues Abkommen mit der Europäischen Union abschliessen. «Das übergeordnete Ziel des Bundesrates ist es, den bilateralen Weg langfristig zu stabilisieren und weiterzuentwickeln.» So steht es in der Medienmitteilung zur Genehmigung des Entwurfs eines Mandats für Verhandlungen mit der EU vom 15. Dezember 2023. Kurz danach geht die SVP auf totalen Konfrontationskurs zum Bundesrat; dieser wolle die Schweiz zur «EU-Kolonie machen». Man spricht populistisch und demagogisch von einem «EU-Unterwerfungsvertrag», schon bevor die Verhandlungen überhaupt begon-

nen haben, in denen übrigens den beiden SVP-Bundesräten (Guy Parmelin, Wirtschaft, und Albert Rösti, UVEK) zentrale Rollen zukommen. Gleichzeitig reicht die SVP in diesem Frühling eine Volksinitiative ein, welche in der letzten Konsequenz alle bestehenden Verträge mit dem wichtigsten Partner in Europa in Frage stellt. Und dies in einer Zeit, in der Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt und in der sich die USA unter einem möglichen Präsidenten Donald Trump von Europa distanzieren könnten. Die FDP muss sich in den nächsten Monaten und Jahren entscheiden: Will sie – in Zukunft noch verstärkt – als Juniorpartner der SVP wahrgenommen werden, ihre staatstragende Funktion an die Wand fahren und weiter Wähleranteile verlieren? Oder will sie als Partei der liberalen Öffnung die Schweiz aktiv und in Zusammenarbeit mit Mitte und Links-Grün mitgestalten und voranbringen? Die Europapolitik ist die vielleicht letzte Chance der FDP, aus der Falle des Isolationismus herauszukommen. ■

# Stopp Ring Fencing

Manuela Weichelt, Nationalrätin Alternative – die Grünen

**Bei Sanktionen darf es keine Ring-Fencing-Praxis geben. Die Schweiz ist kein Vorbild für eine strenge Praxis zur Umsetzung der Sanktionen gegenüber Russland. Das Beispiel Eurochem mit Sitz in Zug gibt zu Diskussionen Anlass.**

Mit einer Motion beantragte ich dem Bundesrat, Massnahmen zu treffen, um das Ring Fencing (Vermögenswerte von einem Bereich in einen anderen transferieren mit dem Ziel,



Vorteile zu erarbeiten bzw. Sicherheit zu gewährleisten) beim SECO und den Kantonen zu unterbinden. Der Bundesrat lehnte den Antrag ab. Die Debatte im Nationalrat fand am 28. Februar 2024 statt.

Die konsequente Umsetzung von Sanktionen gehört zu einem Rechtsstaat. Kantone und das SECO haben die Beschlüsse des Bundesrates umzusetzen. Der Auslöser meiner Motion war das Verständnis bezüglich Sanktionen der Zuger Regierung. Ich zitiere aus dem Regierungsratsprotokoll: «Der Kanton soll sich nicht einfach vom Bund treiben lassen, vor allem, was die vom Bund verhängten, einschneidenden Sanktionen betrifft.» Eine solche Aussage eines Vollzugsorgans ist aus staatspolitischen Gründen problematisch und inakzeptabel. Sogar

ein bürgerlicher Kollege aus dem Nationalrat warnte den Bundesrat, dass die Schweiz in der Zwischenzeit eines der wichtigsten Länder für Umgehungsgeschäfte sei.

Mit Ring Fencing können Sanktionen unterlaufen werden. Gerade bei Finanzvermögen ist die Zeit ein wichtiger Erfolgsfaktor, wenn wir verhindern möchten, dass das Finanzsubstrat aus dem Schweizer Finanzsystem bereits vor dem Vollzug verschwunden ist. Die SECO-Direktorin bestätigte in den Medien, dass es eine lange Bearbeitungszeit für Gesuche geben würde. Dies führt automatisch zu einer Schwächung der Umsetzung von Sanktionen. Ich habe den Bundesrat gebeten, dazu Stellung zu nehmen, was er jedoch in seiner Antwort unterlassen hat.

## Eurochem

Einig bin ich mit dem Bundesrat, dass das Ring Fencing keinesfalls zur Umgehung von Sanktionen verwendet werden darf. Der Bundesrat legt jedoch nicht dar, wie er dies auch garantiert. Das fördert das Vertrauen nicht.

Die Vorbereitungsarbeiten beim SECO für ein Audit bei Eurochem dauerten lange. Andrey Melnichenko versuchte beim SECO Einfluss zu nehmen und hat auch öffentlich angekündigt, dass er Eurochem wieder übernehmen will. Eurochem wehrt sich vehement gegen Einschränkungen und argumentiert mit Hungertoten aufgrund des Mangels an Düngemitteln. Die anhaltende Ernährungskrise hat jedoch diverse, komplexe Ursachen: Konflikte, die Klimakrise, Inflation und auch die erhöhten Düngemittelpreise. Die starken Preiserhöhungen bedrohen kurzfristig unmittelbar die Existenzen von Kleinbäuerinnen und Kleinbau-

ern insbesondere im globalen Süden. Das Narrativ, wonach Russlandsanktionen zu effektiven Shortages an Dünger geführt haben, lässt sich nicht erhärten. Gemäss Daten der UNO sind Exporte von russischem Dünger in Entwicklungsländer nicht zurückgegangen. Russland konnte aufgrund der gestiegenen Preise die Einnahmen aus Düngerexporten stark erhöhen. Ob das Audit mit Andrey Melnichenko zwischenzeitlich stattgefunden hat, hat der Bundesrat nicht verlauten lassen.

## Es gibt noch viel zu tun

Es darf bezweifelt werden, dass die Schweiz alles macht, um das Maximum an möglichen Sanktionen umzusetzen. Warum wurden sonst von den etwa 150 Milliarden Franken russischer Vermögen in der Schweiz bis heute weniger als acht Milliarden gefunden? Sanktionen müssen durchgesetzt werden! Nach wie vor werden die US-Sanktionen nicht übernommen. Nach wie vor blockiert der Bundesrat den Beitritt in die multinationale Taskforce Repo zur Umsetzung der Sanktionen gegen Russland. Der Nationalrat wollte keine strengere Umsetzung und lehnte meine Motion mit 131 (GLP, FDP, Mitte, SVP) zu 61 Stimmen ab. ■

## Motion 22.42 88

Für weitere Infos siehe QR-Code



# Gesundheit im Fokus

Franz Lustenberger

12

**Das kommende Abstimmungswochenende vom 9. Juni steht ganz im Zeichen des Themas Gesundheit. Wie stark sollen die ständig steigenden Prämien für die Krankenkassen verbilligt werden? Wie ist der Anstieg der Gesundheitskosten in den Griff zu kriegen? Beide Fragen, respektive die Prämien-Entlastungs-Initiative der SP und die Kostenbremse-Initiative der Mitte, greifen einen Aspekt der Gesundheitspolitik heraus, der vielen Menschen unter den Nägeln brennt. Vonnöten ist aber eine Gesamtsicht.**

Die beiden Initiativen sind einfach formuliert und beinhalten klare Forderungen – SP: «Die von den Versicherten zu übernehmenden Prämien betragen höchstens zehn Prozent des verfügbaren Einkommens.» Die Mitte: Die Kosten im obligatorischen Bereich dürfen nicht stärker steigen als die Gesamtwirtschaft und als die durchschnittlichen Löhne; der Bund «führt dazu eine Kostenbremse ein.» So weit so klar; nur, was bedeuten diese beiden Initiativen, wie sind sie im Lichte der Gesundheitspolitik der Grünen zu bewerten?

Man darf sich keinen Illusionen hingeben: Mit der ausgebauten Prämienverbilligung, so entlastend und sozial notwendig sie für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen und für Familien auch ist, werden die Grundprobleme im Schweizer Gesundheitswesen nicht wirklich angepackt. Und – weshalb sollten die politischen Akteure und die Player im Gesundheitswesen aufgrund einer Kostenbremse in der Verfassung auf einmal ihre sehr divergierenden Interessen hintenanstellen, wenn sie es bis anhin trotz ständig steigender Kosten, vielen Appellen sowie Konferenzen und runden Tischen nicht geschafft haben? «The proof of the pudding is in the eating», sagte vor Jahren einmal mein Chef. Nicht der Buchstabe in der Verfassung entscheidet, sondern der echte Wille und die Umsetzung in der Realität.

## Verteilungsfragen

Die Ausgaben für das Gesundheitswesen in der Schweiz werden in

den nächsten Jahren so oder so, auch demografiebedingt, stärker steigen als andere Ausgaben. Das Gesundheitswesen ist personalintensiv; die Möglichkeiten der Automatisierung sind sehr begrenzt. Im Gegenteil – die persönliche Betreuung und der menschliche Kontakt sind für den Gesundungsprozess jedes kranken Menschen von grosser Wichtigkeit. Das Schweizer Volk hat mit der Annahme der Pflegeinitiative bewiesen, welche Bedeutung die Pflege hat, und es hat den klaren Auftrag erteilt, die Entlohnung der Frauen und Männer im Pflegebereich zu verbessern. Aus grüner Sicht ist klar: Die reiche Schweiz kann und muss sich ein System leisten, das allen Menschen Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung bietet. So steht es im Grundlagenpapier der Grünen Schweiz.

Und es ist notwendig, die Gesundheitskosten gerechter zu verteilen, also das System der Prämienverbilligungen auszubauen. In den letzten Jahren ist aber das Gegenteil passiert: Obwohl die allermeisten Kantone Jahr für Jahr Millionenüberschüsse ausweisen, sind die Ausgaben für die Prämienverbilligung nicht in gleichem Masse angestiegen oder gar gesunken. Mittelfristig braucht es einkommens- und vermögensabhängige Prämien. Die Krankenkassenprämien dürfen in unserem reichen Land mit vollen Kantonskassen kein Armutrisiko sein.

Auch hinter der Kostenbremse-Initiative steht die Verteilungsproblematik: Bei welchem Akteur im Gesundheits-

wesen werden welche Kosten um wieviel gebremst oder gesenkt? Es ist wohl eine Illusion zu glauben oder zu hoffen, dass bei den mächtigsten Playern im Gesundheitswesen gespart wird. Im Gegenteil: Den Kostendruck bekommen in allererster Linie diejenigen zu spüren, die sich am wenigsten wehren können und die über keine Lobby im Bundeshaus verfügen. Rund zwei Drittel der Ausgaben in den Krankenhäusern entfallen auf das Personal. In Alters- und Pflegeheimen liegt der Anteil der Personalkosten deutlich höher, bei der Spitex sind es über 80 Prozent. Die vorgegebene Kostenbremse wird daher den Druck auf die Arbeitnehmenden im Gesundheitswesen verstärken. Zu den Leidtragenden gehören dann auch die Patientinnen und Patienten.

## Lobby-Bremse

In der Schweiz werden jährlich über 80 Milliarden Franken für das Gesundheitswesen ausgegeben. So viele Player daran mitverdienen, so intransparent ist gleichzeitig das System. Die verschiedenen Player (Pharmaindustrie, Versicherungen, Spitäler, Berufsverbände, Kantone etc.) haben im und rund ums Parlament herum gut bezahlte Lobbyist\*innen, welche aus Profit- oder Partikularinteressen sinnvolle, kostendämpfende und sozial gerechte Lösungen verhindern können. Wer das Gesundheitswesen reformieren will, muss auch den Lobbyismus in die Schranken weisen. Die Realität in der (Gesundheits-) Politik ist folgende: Viele Parlamentarier\*innen nehmen nach ihrer Wahl gut bezahlte Lobbying- und Verwaltungsratsmandate an, deren Vergütung teilweise diejenige ihrer eigentlichen Parlamentsmandate übersteigt. Auch Unternehmen und Verbände nehmen gezielt auf die Meinungsbildung Einfluss, indem sie Wahlkampagnen oder Abstimmungsvorlagen finanziell unterstützen. Diese Geldspenden und damit der Einfluss auf die Meinungsfindung nehmen



Gesundheit ist viel mehr als Abwesenheit von Krankheit. Erlebnisse in der Natur stärken das Wohlbefinden anhaltend.

immer stärker zu. Einen bedeutenden Einfluss auf die Gesundheitspolitik des Bundes üben auch die Kantone aus, wobei sie ihrerseits mehrere Rollen im Versorgungssystem innehaben, aus denen sich auch Rollenkonflikte ergeben.

Fazit aus grüner Sicht: Die Interessen sind heute derart ungleich vertreten, dass ausgewogene Lösungen im Interesse der Allgemeinheit und der Patient\*innen kaum mehr möglich sind. Vergleichsweise schwach organisiert und wenig einflussreich sind jedoch die Versicherten, die Patient\*innen und die Steuerzahler\*innen. Aus Sicht der Grünen Schweiz gibt es verschiedene Mittel, um diese Situation zu verbessern: mehr Transparenz beim Lobbying und weniger Profitlogik im Gesundheitswesen, eine stärkere institutionelle Vertretung der Patient\*innen und der Versicherten. So gesehen besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Transparenz-Initiative und den permanent steigenden Gesundheitskosten. Die Grü-

nen setzen sich auf kantonaler und auf eidgenössischer Ebene dafür ein, dass die Schweizer Politik noch transparenter wird bezüglich ihrer Finanzierung und Interessenbindungen.

#### **Umfassendes Verständnis von Gesundheit**

«Besch gsond?» Hinter dieser Frage im Alltag von Mensch zu Mensch steckt mehr als die oberflächliche Fragestellung: «Besch ned chrank?». Gesundheit ist viel mehr als Abwesenheit von Krankheit. Daher setzt eine umfassende Gesundheitspolitik, wie sie die Grünen verstehen, auch bei vielen anderen Faktoren an: Klimaerhitzung, Umweltverschmutzung und der Biodiversitätsverlust zählen schon heute zu den grössten gesundheitlichen Bedrohungen. Und auch soziale Ungleichheiten fördern das Auftreten von Krankheiten. Zu oft geht nämlich vergessen, dass ein gutes Gesundheitssystem Krankheiten in erster Linie vermeiden und verzögern soll. Mit jedem Franken, der in die Gesundheitsförderung fliesst, wird

das x-Fache an «Gesundheitskosten» eingespart. Kurz und knapp: Eine Wanderung in einer intakten Natur stärkt das Wohlbefinden von uns Menschen nachhaltig.

Die Gesundheit unseres Planeten hängt eng mit der menschlichen Gesundheit und der Gesundheit allen Lebens zusammen (Planetary Health). Individuelle Gesundheit auf einem kranken Planeten ist letztlich ein aussichtsloser und teurer Kampf. ■

#### **Verwendete Quellen**

[gruene.ch/gesellschaft/gesundheitspolitik/gesundheitspolitik](https://gruene.ch/gesellschaft/gesundheitspolitik/gesundheitspolitik)

[bezahlbare-praemien.ch](https://bezahlbare-praemien.ch)

[die-mitte.ch/abstimmung-kostenbremse](https://die-mitte.ch/abstimmung-kostenbremse)

# Ja zur Transparenz

Delia Meier, Gemeinderätin Stadt Zug, Vorstand Junge Alternative Zug

14

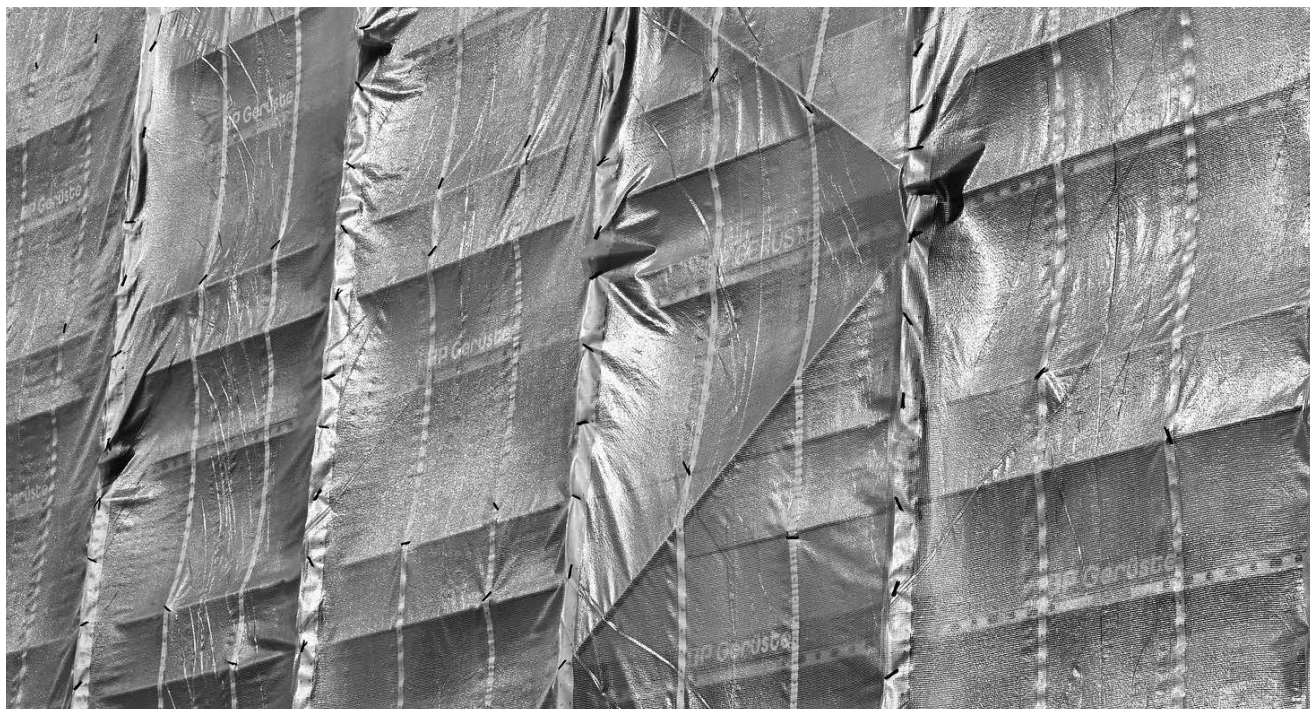
**Nachdem die Zuger Transparenz-Initiative im Jahr 2019 durch die Junge Alternative lanciert wurde und 2022 gemeinsam mit einer breiten Allianz, bestehend aus ALG, JUSO, GLP, JGLP, CSP und PARAT, eingereicht wurde, kommt das Anliegen dieses Jahr endlich zur Volksabstimmung.**

Die Initiative fordert die Offenlegung von Spenden von juristischen Personen ab 1000 Franken pro Kalenderjahr und ab 5000 Franken von natürlichen Personen. Ebenfalls offengelegt

**Transparenz zentral für Demokratie**  
Dass der bürgerliche Kantonsrat überhaupt einen Gegenvorschlag verabschiedet hat, der die Transparenz in der Politik auf Verfassungsebene

lungen für die Transparenz bei der Politikfinanzierung.

Das Anliegen für mehr Transparenz ist zentral für eine starke Demokratie: Wenn Bürger\*innen ein geringes Vertrauen in die Politik haben, liegt dies häufig an mangelndem Wissen über deren Geldflüsse. Dass wir in der Schweiz und auch im Kanton Zug so häufig abstimmen und wählen dürfen, ist ein grosses Privileg. Damit sich aber jede Person eine informierte Meinung bilden kann, muss sie wis-



Der Gegenvorschlag des Kantonsrats zur Transparenz-Initiative dient eher der Verschleierung als der Transparenzförderung.

werden sollen die Interessensbindungen aller Kandidierenden und gewählten Politiker\*innen, sowohl auf kantonaler als auch auf kommunaler Ebene. Seit der Einreichung der Initiative ist viel passiert: Regierung und Kantonsrat haben sich gegen die Transparenz-Initiative ausgesprochen und einen entsprechenden Gegenvorschlag ausgearbeitet. Sowohl der Initiativvorschlag als auch der Gegenvorschlag kommen nun am 9. Juni zur Volksabstimmung.

gewährleisten soll, ist bereits ein Teilerfolg. So haben mittlerweile wohl die meisten Parteien anerkannt, dass die Stimmbevölkerung mehr Transparenz in der Politik wünscht. Dies hat sich in mehreren repräsentativen Umfragen und Abstimmungen in anderen Kantonen in der Vergangenheit gezeigt. So kennen heute schon mehrere Kantone in der Schweiz entsprechende Transparenzregelungen, und auf nationaler Ebene gelten seit letztem Jahr ebenfalls neue Rege-

sen, was eine Wahl- oder Abstimmungskampagne kostet und welche grossen Geldgeber\*innen diese bezahlen. Wenn eine Politiker\*in grosse Gelder von einer Firma oder einer Privatperson annimmt, macht sie sich zumindest teilweise abhängig von deren Interessen – es entsteht eine gewisse Erwartungshaltung. Um unsere Demokratie zu stärken, ist es also zentral, dass die Öffentlichkeit von diesen Abhängigkeiten erfährt.

Auch wenn der Kantonsrat mit dem Ausarbeiten eines Gegenvorschlages offenbar die Wichtigkeit von Transparenz in der Parteienfinanzierung anerkannt hat, fällt der Gegenvorschlag leider doch sehr schwammig und nebulös aus. So schafft er nicht mehr Transparenz, sondern es handelt sich lediglich um ein Lippenbekenntnis. Denn der Gegenvorschlag des Kantons- und Regierungsrates spricht zwar von einer Gewährleistung der Transparenz in der Politik, doch diese wird gar nicht wirklich gewährleistet: So enthält der Gegenvorschlag keine Schwellenwerte, ab welchem Betrag die Spenden an Parteien und Politiker\*innen offengelegt werden müssen. Doch dies ist kein Detail des Initiativtextes, das einfach weggelassen werden kann, sondern der entscheidende Punkt, ob eine Transparenzregelung greift oder nicht.

### Klarheit schafft Transparenz

Bekanntlich hat sich der Kantonsrat bereits in der Vergangenheit gegen Transparenzregeln gewehrt. Ohne verbindliche Richtwerte könnten die Schwellenwerte so hoch ausfallen, dass keine Spenden offengelegt werden müssten und die ganze Regelung wirkungslos wäre. So taugt der Gegenvorschlag leider nicht für eine wirksame Umsetzung des Anliegens nach mehr Transparenz für die Stimmbevölkerung. Mit der Verfassungsinitiative entscheidet die Bevölkerung über die Grenzwerte, mit dem Gegenvorschlag wären es die Kantonsrät\*innen selbst. So stünden bei einer Ablehnung des Initiativtextes und Annahme des Gegenvorschlages alle Türen und Tore offen für eine Verwässerung. Ebenfalls sieht der Gegenvorschlag keine Sanktionsregelung vor, welche es aber braucht, damit die Transparenzregeln auch ihre Wirksamkeit entfalten. Ein konkreter Vorschlag für eine Sanktionsregelung mit Bussen, wie dies der Initiativtext vorsieht, schützt auch vor unverhältnismässiger Strafe.

Nebst den fehlenden Schwellenwerten für die Offenlegungspflicht enttäuscht der Gegenvorschlag auch beim zweiten zentralen Aspekt der Interessensbindungen. So spricht der Gegenvorschlag zwar von einer Offenlegung der Interessensbindungen, konkretisiert aber nicht, wie dies geschehen soll. Betroffen wären lediglich «die vom Volk in öffentliche kantonale Ämter gewählten Personen». Doch eine Interessensbindung einer Politiker\*in entsteht nicht erst nach Annahme einer Wahl. Besonders vor einer Wahl soll die Stimmbevölkerung informiert sein über allfällige Interessensbindungen von Kandidierenden. Auch hier schafft der Initiativtext im Unterschied zum Gegenvorschlag Abhilfe mit einem konkreten Vorschlag: So sollen alle im Kanton Zug Kandidierenden für öffentliche Ämter bereits bei der Anmeldung ihrer Kandidatur ihre Interessensbindungen offenlegen.

### Nein zum nebulösen Gegenvorschlag

Der dritte Aspekt, bei dem der Gegenvorschlag versagt, scheint eher technischer Natur, ist aber für die Umsetzung des Anliegens ebenfalls zentral: Während die Verfassungsinitiative sowohl die gemeindliche als auch die kantonale Ebene betrifft, klammert der Gegenvorschlag die gemeindliche Ebene komplett aus. Natürlich wären Transparenzregelungen auch nur schon auf kantonaler Ebene ein grosser Fortschritt, doch es braucht unbedingt eine einheitliche Regelung – dies nur schon aus praktischer Sicht. Da die gemeindlichen Wahlen jeweils am gleichen Tag stattfinden wie die kantonalen Erneuerungswahlen, führen die Parteien meist gemeinsame Kampagnen. Deswegen würde sich eine Regelung, die nur die kantonale Ebene betrifft, wohl als schwierig in der Umsetzung herausstellen. Nun kann sich endlich die Stimmbevölkerung im Kanton Zug zu diesem wichtigen Thema äussern und

bekommt das letzte Wort: Wollen wir einen schwammigen Gegenvorschlag, der vom Kantonsrat maximal verwässert werden könnte, oder wollen wir selbst über die wichtigen Details wie die Schwellenwerte entscheiden? Für echte Transparenz, die unsere Demokratie stärkt, braucht es am 9. Juni ein Ja zur Verfassungsinitiative und ein Nein zum nebulösen Gegenvorschlag. ■

### Transparenz-Initiative

Mehr Informationen zur Transparenz-Initiative sind unter folgender Adresse zu finden: [transparentes-zug.ch](https://transparentes-zug.ch)



# Zug wird Velokanton

Andreas Lustenberger, Kantonsrat ALG Bär und Mitinitiant der Zuger Velonetz-Initiative

16

**Am kommenden 9. Juni stimmen wir im Kanton Zug über die Velonetz-Initiative ab. Die Verfassungsinitiative fordert ein durchgehendes und sicheres Velonetz. Machen wir Zug zu einem Velokanton.**

2018 lancierten die Alternative – die Grünen, Pro Velo und der VCS gemeinsam die Zuger Velonetz-Initiative. Nach dem wuchtigen Nein gegen die beiden Tunnelvorlagen und damit auch gegen einen weiteren Ausbau der Strasseninfrastruktur für den motorisierten Individualverkehr kommt die Initiative diesen Sommer zum richtigen Zeitpunkt vor das Volk. Mit einem möglichst breiten überparteilichen Komitee wollen wir die Abstimmung gewinnen und damit den Startschuss für neue Wege in der Zuger Verkehrspolitik setzen.

## 4-Punkte-Plan

Die Verfassungsinitiative ist als allgemeine Anregung formuliert und besteht aus insgesamt acht Empfehlungen, welche die folgenden vier Kernanliegen umfassen:

1. Alle wichtigen Wohn- und Arbeitsgebiete sind durch ein direktes, durchgehendes und komfortables Velonetz verbunden.

2. Der Veloverkehr wird vom Autoverkehr und vom Fussgängerbereich möglichst separiert.
3. An den Zielorten stehen genügend gedeckte Veloabstellplätze und E-Bike-Ladestationen zur Verfügung.
4. Die Gemeinden sorgen für sichere und attraktive Einkaufs-, Schul- und Arbeitswege für Velofahrende.

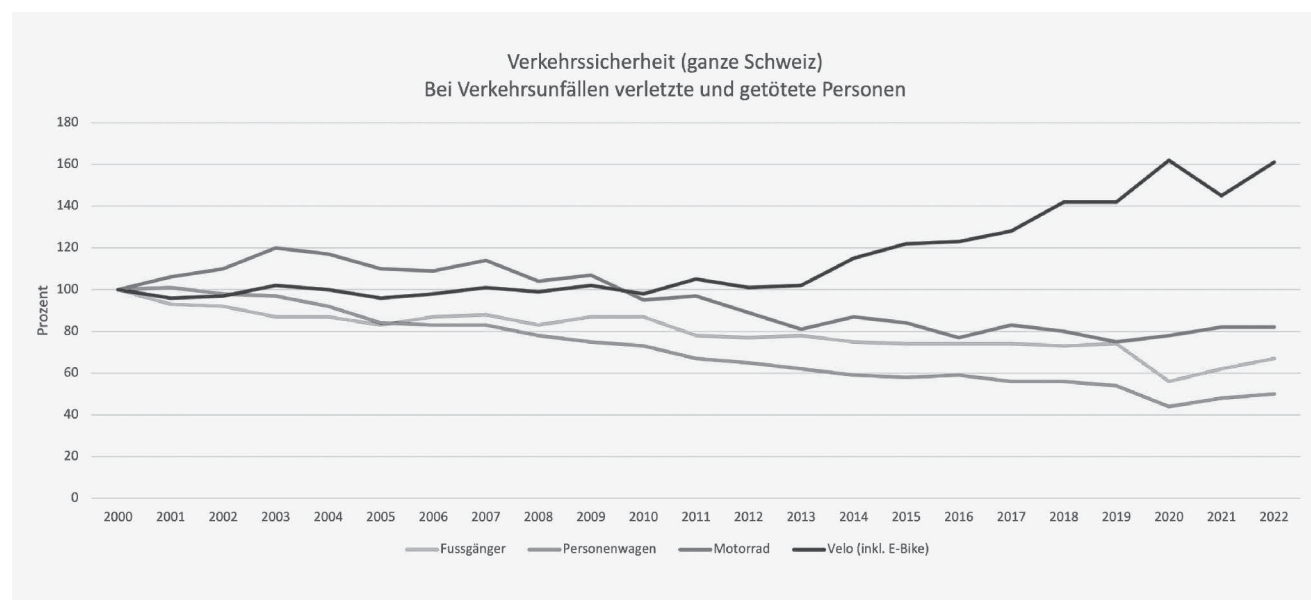
## Gegen einseitige Verkehrspolitik

Während in den meisten Kantonen der Motorisierungsgrad in den letzten Jahren eher stagnierte oder sogar leicht zurückging, ist er in Zug kontinuierlich gestiegen. Über 80 Prozent der Zuger Haushalte besitzen mindestens ein Auto, total waren Ende 2022 rund 94 000 Autos gemeldet und dies bei etwa 130 000 Einwohner:innen. Im schweizweiten Vergleich ist dies mit 731 Fahrzeugen pro 1000 Personen der Spitzenwert. Die Gründe für diesen hohen Autoanteil liegen einerseits in der ebenfalls hohen Dichte an Zuger:innen mit einem überdurch-

schnittlich hohen Einkommen und Vermögen. Andererseits hat der Kanton Zug in den letzten Jahren sehr wenig in die Veloinfrastruktur investiert. Während es früher auch für Kinder Usus war, mit dem Velo unterwegs zu sein, ging die Zahl der Velofahrenden stetig leicht zurück. Der Kanton ist in den vergangenen Jahrzehnten stark gewachsen und wird dies auch in den kommenden Jahren weiter tun. Die Verkehrspolitik hat zu lange ihr Augenmerk nur auf den motorisierten Individualverkehr gelegt, was sich dementsprechend auch in einem reduzierten Sicherheitsgefühl für Velofahrende widerspiegelt. Dies lässt sich schweizweit auch statistisch belegen, so nahmen die Unfälle mit verletzten und getöteten Personen in den vergangenen 20 Jahren ausschliesslich beim Velo zu (siehe Grafik).

## Vom Auto- zum Velokanton

Die Schweiz ist eine Gesellschaft von Pendlerinnen und Pendlern. Sei dies zur Arbeit, in die Schule oder in der Freizeit. Dies wird sich auch in absehbarer Zeit nicht ändern. Umso zentraler ist die Frage, wie diese Mobilität in unseren knappen Raumverhältnissen ausgestaltet wer-





den soll. Als flächeneffizientes und kostengünstiges Fahrzeug bietet das Velo viele Vorteile. Mehr als drei Viertel der Zuger Bevölkerung leben in der Lorzenebene und im Ennetsee. Die Gemeinden verschmelzen immer mehr zu einem urbanen Gebiet, mit gegen 100 000 Einwohner:innen, was in der Schweiz als kleinere Grossstadt gilt. Auch viele der 120 000 Arbeitsplätze befinden sich in diesen Gemeinden. Aufgrund der flachen Topographie hat Zug ideale Voraussetzungen, um den Kanton in einen Velokanton zu verwandeln. Dazu braucht es Mut, Vorstellungsvermögen und die nötigen Investitionen. Darin hat die Zuger Regierung in den letzten Jahren nicht eben brilliert. Deshalb braucht es die Zuger Velonetz-Initiative, welche die Veloförderung auf Verfassungsebene verankert. Dass sich auch die Zuger Stimmbevölkerung mehr Velo wünscht, zeigte sich 2018 in der nationalen Abstimmung zum Gegenentwurf des Bundesrates zur Velo-Initiative, welche die Zuger:innen mit einem Ja-Stimmenanteil von 73 Prozent befürworteten.

### Das Velo bringt viele Vorteile

Der Aufschwung der E-Bikes in den letzten zehn Jahren macht es heute möglich, ohne weiteres seinen Arbeitsweg mit dem Fahrrad zu bewerkstelligen. Auch der Transport von grösseren Einkäufen oder die regelmässige Fahrt in den Ökihof lassen sich dank der Stromunterstützung gut mit dem Velo erledigen. Auch wenn zu Beginn und im Umgang teilweise noch ein Ärgernis, bieten auch die stromunterstützten Trottinets neue Möglichkeiten. So kann auch der Businessmensch im Anzug auf das Auto verzichten und die sogenannte letzte Meile vom Bahnhof bis zum Arbeitsort mit dem Trottinett unter die Räder nehmen.

Wer mehrmals wöchentlich mit dem Velo unterwegs ist, tut damit etwas Gutes für seine Gesundheit. Bewegung fördert das physische und psychische

Wohlbefinden. Das Velo ist platzeffizient. Gerade im urbanen Raum, der zunehmend verdichtet wird und Raum für verschiedene Mobilitätsteilnehmende sichern muss, ist dies nicht ausser Acht zu lassen. Neue Velowege oder Radstreifen benötigen bedeutend weniger Land als Strassen im Grünen. Die Kosten für ein Velo, in der Anschaffung und auch im Unterhalt, sind tief. Je nach Wohnlage lässt sich durch die Nutzung des Velos auf ein Auto und damit auch auf einen Parkplatz verzichten.

### Mobilitätspolitik ist Klimapolitik

Mit dem JA zum Klimaschutzgesetz hat die Schweizer Bevölkerung das Nettonullziel bis 2050 gesetzlich verankert. Damit wir dieses Ziel erreichen, braucht es Absenkungspfade in allen emissionsreichen Sektoren. Die Mobilität belastet unser Klimabudget mit rund einem Drittel und hat deshalb eine grosse Hebelwirkung. Im Gegensatz zu anderen Bereichen haben sich die Emissionen im Verkehrssektor seit den 1990er-Jahren praktisch nicht reduziert. Es besteht demnach ein ausgewiesener und grosser Handlungsbedarf. Das Velo muss und kann hier einen enorm wichtigen Beitrag leisten und muss deshalb von der Regierung und den Behörden stärker gefördert werden.

Die Ablehnung der beiden Strassentunnel hat gezeigt, dass sich die Zuger Bevölkerung eine andere Verkehrspolitik wünscht. Ein JA zur Zuger Velonetz-Initiative ist damit ein JA zu einem zeitgemässen, attraktiven und sicheren Velonetz im Kanton Zug! ■



Mit Freude werden die Unterschriften für die Initiative eingereicht.

### Velowege regeln

Bei einer Annahme der Initiative müssen Regierung und Kantonsrat einen konkreten Verfassungsartikel ausarbeiten, welcher dann auch in ein Velogesetz mündet. Verschiedene Kantone haben aufgrund des nationalen Veloweggesetzes, welches 2023 in Kraft trat und eine Folge der Abstimmung von 2018 ist, kantonale Velogesetze erlassen. Der Kanton Zug lehnt bis heute die Erarbeitung eines solchen Gesetzes ab. Stattdessen hat er im Rahmen des Mobilitätskonzeptes (das gleiche Konzept, welches auch zwei neue Strassentunnel vorsah), gewisse Verbesserungen in den kantonalen Richtplan geschrieben. Dies auch dank den aktiven Bemühungen der ALG-Fraktion im Zuger Kantonsrat. Der Richtplan ist jedoch nicht das richtige Instrument, wenn es um einen starken Investitionsplan für einen Velokanton geht. Denn er hat weder einen finanziellen Spielraum noch ist er zeitlich bindend. Als sogenannte Softmassnahme wurde im letzten Jahr zudem ein Velorat ins Leben gerufen. Dieser hat sogar ein kleines Budget und kann Massnahmen zur Veloförderung beschliessen. Die ALG-Fraktion hat die Gründung des Velorats aktiv unterstützt. Er ersetzt jedoch nicht die notwendigen Investitionen für einen zukunftsfähigen Velokanton.

# Grüne Korrektur

Franz Lustenberger

18

**Im Abstand von rund 15 Jahren widmen sich die Gemeinden der Revision ihrer Ortsplanungen. Beileibe kein Routinegeschäft, im Gegenteil. Mit den Ortsplanungen werden jeweils die Weichen für die nächsten Jahre und Jahrzehnte gestellt. So auch in der Stadt Zug, wo sich die Alternative – die Grünen intensiv mit der Vorlage auseinandergesetzt hat. Das zeigt der Blick in die umfangreiche Stellungnahme vom letzten Dezember.**

«Es braucht jetzt eine Korrektur.» Stefan Hodel, Co-Präsident der ALG Stadt Zug, bringt es im Laufe des Gesprächs auf den Punkt. Er kennt die letzte Revision, er kennt die Abläufe. Schliesslich war Stefan Hodel als

## Durchmischung in allen Quartieren

«Der preisgünstige Wohnungsbau ist mit sehr hoher Priorität voranzutreiben», hält die ALG in ihrer Stellungnahme fest. Dazu gibt es einen klaren Volksauftrag aus dem letzten Sommer,



Zug: Für die weitere Entwicklung sorgfältig planen.

Präsident des Grossen Gemeinderates bei der letzten Revision der Ortsplanung in den Jahren 2007 und 2008 stark involviert. Für die nun laufende Revision hat die Partei alle 243 Mitglieder und Sympathisant:innen angeschrieben und zur Mitwirkung eingeladen. Die Rückmeldungen sind in die Stellungnahme eingeflossen. Wenn Stefan Hodel von notwendiger Korrektur spricht, dann meinen er und die ALG ganz konkrete Stossrichtungen: mehr und preisgünstige Wohnungen und damit ein besseres Verhältnis zwischen Wohnen und Arbeiten; Förderung des Langsam- und Veloverkehrs und damit eine flächeneffiziente Mobilität.

als die Stadtzugerinnen und -zuger die SP-Initiative «2000 Wohnungen für den Zuger Mittelstand» angenommen haben. Mindestens 20 Prozent aller Wohnungen auf dem Stadtgebiet sollen preisgünstig sein. Wichtig ist für die ALG, dass diese preisgünstigen Wohnungen in allen Quartieren geschaffen werden. Diese anzustrebende gute Durchmischung kommt laut Stefan Hodel im aktuellen Entwurf des Richtplans zu wenig zum Tragen. Auch an bevorzugten Lagen sollten deshalb preisgünstige Wohnungen entstehen. Die Stadt Zug solle sich zudem vehement für ein ausgeglicheneres Verhältnis von Einwohner:innen und Arbeitsplätzen einsetzen. Das Überangebot

an Arbeitsplätzen heize im Verbund mit den sehr tiefen Steuern die Wohnungsnot an. Denn die Stadt werde für abertausende zupendelnde Beschäftigte, die ihren Arbeitsweg verkürzen wollen, zur begehrten Wohnlage. Der Schwerpunkt beim Neubau von Gebäuden und der Verdichtung muss daher auf Wohnungen liegen.

## Bike to school

Einen zweiten Schwerpunkt im Rahmen der öffentlichen Auflage der Richtplanung setzt die ALG auf den Veloverkehr: «Das Potenzial des Veloverkehrs ist riesig». Dieses Potenzial könne aber nur ausgeschöpft werden, wenn die für die Mobilität vorgesehenen Verkehrsflächen effizient genutzt werden. Dazu gehören physisch getrennte Velowege. Oder auf den Punkt gebracht: «Gleichberechtigt würde bedeuten, dass alle gleich sicher ans Ziel gelangen.» So plädiert die ALG für sichere Velorouten, quer durch die ganze Stadt, den Zugerberg hinauf und dem See entlang bis nach Walchwil. Bike to school, bike to shop, bike to work – das lässt sich in den nächsten Jahren realisieren, ist Stefan Hodel überzeugt.

Einen dritten Akzent legt die ALG auf die Klimaerwärmung, respektive auf entsprechende Massnahmen. Es fehle nämlich ein Konzept für Solaranlagen auf privatem und öffentlichem Grund. Eine weitere Idee ist der Erhalt einer naturnahen Nutzung von verbleibenden Grünflächen. So solle das Gebiet Unterfeld, angrenzend an Baar, als wertvolles Landwirtschaftsland mit hoher Biodiversität gestaltet werden. Der Richtplan in der Stadt Zug kommt in den nächsten Wochen und Monaten in die Bau- und Planungskommission (BPK). Nachher sind das Stadtparlament und später auch das Volk am Zug. Mit einer Abstimmung an der Urne ist 2025 oder 2026 zu rechnen.

Das Bulletin wird in loser Folge die Ortsplanungsrevisionen in den Gemeinden thematisieren.

# Endlich eingeladen

Julia Küng, Junge Alternative Zug

**Die Stadt Zug lädt endlich auch Jugendliche ohne Schweizer Pass an die Jungbürger:innenfeier ein. Ein minimaler Erfolg angesichts der verschärften Asyldebatte in der Schweiz. Und dennoch bleibt die Frage: Wie sieht es mit der politischen Teilhabe aus?**

19



Bild aus dem Dokumentarfilm «Die Anhörung» von Lisa Gerig

Als wir letzten Sommer an der Jungbürger:innenfeier der Stadt Zug mit dem Schiff über den Zugersee fahren, fragte mich eine Gruppe 18-Jähriger, warum ihre Freund:innen ohne Schweizer Pass nicht eingeladen worden seien – auch für diese sei es doch wichtig, über ihre Rechte und Pflichten informiert zu sein und ihre Volljährigkeit zu feiern. Ein Drittel der Menschen in Zug hat keinen Schweizer Pass, diese sind hier zuhause und tragen massgebend zur Entwicklung unserer Stadt bei.

Deshalb reichten die unter 30-Jährigen im Grossen Gemeinderat zusammen einen Vorstoss ein, der zugegebenermassen wenig radikal oder visionär war. Die Mehrheit der Zuger Gemeinden, darunter Risch, Hünenberg und Menzingen, feiern ihre Jungbürger:innen schon lange mit allen Jugendlichen, unabhängig von deren Staatszugehörigkeit. Dennoch waren wir bis zuletzt unsicher, ob wir den Rat überzeugen können. Denn die weltoffene und fortschrittliche Stadt Zug schien dem Zeitgeist etwas hinterherzuhinken: Noch 2017 lehnte das

Stadtparlament einen vergleichbaren Vorschlag ab. Dieses Mal stimmte es zu, und der Stadtrat wird noch dieses Jahr auch Jugendliche mit Aufenthalt B und Niederlassung C zur Feier einladen. Dies ist ein konkret spürbarer Schritt in Richtung Integration – ein Mini-Erfolg in einem Trend des erstarrenden Rechtsextremismus in Europa und des verschärften Asyldiskurses in der Schweiz.

### **Mitfeiern und mitbestimmen!**

Natürlich ist damit noch nicht genug: Wir von der Jungen Alternative Zug setzen uns dafür ein, dass alle Menschen, die in der Schweiz zuhause sind, hier auch politisch teilhaben dürfen. Deshalb sammeln wir aktuell Unterschriften für die Demokratie-Initiative. Diese fordert das Bürger:innenrecht für alle, die seit fünf Jahren rechtmässig in der Schweiz wohnen und Grundkenntnisse einer Landessprache haben. Heute schliessen wir einen Viertel der Bevölkerung von der politischen Mitbestimmung aus – ist das die Schweizer Demokratie, auf die wir so stolz sind? ■

### **Buch- und Filmtipp**

Als privilegierte Schweizerin, für die die Einladung zur Jungbürger:innenfeier oder die politische Teilhabe eine Selbstverständlichkeit ist, bemühe ich mich stets, mir die Lebensrealitäten der Geflüchteten in der Schweiz bewusst zu machen. Dafür empfehle ich zum einen das Buch «Von der Kraft des Durchhaltens» des Sans-Papiers-Kollektivs Basel. Darin erzählen Sans-Papiers kraftvoll, selbstbestimmt, berührend, poetisch, divers und kämpferisch ihre eigene Geschichte. Ein Buch von ihnen und nicht über sie.

Sehr sehenswert ist zudem der aktuelle Dokumentarfilm «Die Anhörung» von Lisa Gerig. Darin stellen vier abgewiesene Asylbewerber:innen mit Mitarbeitenden des Staatssekretariats für Migration (SEM) eine Anhörung im Asylbewerungsverfahren nach. Der Film gibt einmalige Einblicke in unser Asylsystem, entlarvt es und wirft grundlegende Fragen auf.

# Linker Antiantisemitismus

Josef Lang

20

**1996 bis 1999 fand im Kanton Zug eine teils heftige Auseinandersetzung um die «Universale Kirche» statt. Die Alternative Linke stand an der Spitze des Kampfes gegen die antisemitische Sekte.**

Am 17. September 1996 fand in einem übervollen Bärensaal eine der bewegendsten Veranstaltungen in der bewegten Geschichte der Alternativen Zuger Linken statt. Der Haupttitel des Anlasses lautete «Antisemitismus in der Zentralschweiz». Der Luzerner Historiker Hans Stutz sprach über «Unerwünschte Erinnerungen an Fröntler und andere Antisemiten». Der Schreibende referierte über den «antisemitischen Weg ins katholische Ghetto».

## Judenhass aus dem Jenseits

Was aber am stärksten mobilisierte, war der Vortrag des WoZ-Journalisten Jürg Frischknecht über «Universale Kirche – Judenhass aus dem Jenseits». Im Sommer 1995 war bekannt geworden, dass die «Universale Kirche» (UK) für ihre Mitglieder verbindliche «Durchsagen aus dem Jenseits» verbreitete wie: «Wegen ihrer satanischen Gier zettelten die Juden den Zweiten Weltkrieg an, genauso, wie sie für den Beginn des Kommunismus verantwortlich waren». Der Sektengründer bezeichnete die «Juden als Krebs am Körper der Menschheit». Und forderte die Mitglieder auf, «die Protokolle der Weisen von Zion zu veröffentlichen», weil sie «echt und wahr» seien.

Da die UK ihren rechtlichen Sitz im appenzellischen Walzenhausen hatte, eröffnete die Ausserrhoder Staatsanwaltschaft ein Verfahren, das am 11. Juli 1996 zu einer Verurteilung des UK-Geschäftsführers zu vier Monaten Gefängnis führte. Die Untersuchung und der Prozess zeigten, dass es sich bei der UK um eine der grässlichsten antisemitischen Organisationen seit dem Zweiten Weltkrieg handelte. Vor dem Gerichtsgebäude in Trogen hatten während des Prozesses 200

UK-Mitglieder, darunter auffällig viele Zuger:innen, in Mönchskutten demonstriert.

## Wirtschaftsanwalt und Kanti-Rektor

Zwischenzeitlich hatte im Februar 1996 Jürg Frischknecht enthüllt, dass ein Zuger Wirtschaftsanwalt aus einer mächtigen Kanzlei, die seit Jahrzehnten mit Marc Rich verbunden war, Direktionsmitglied der besonders üblen Unterorganisation «Die Neue Franziskanisch-Wissenschaftliche Weltbestrebung der Universalen Kirche» war. Wir forderten gegen den Rechtsanwalt ein Aufsichtsverfahren durch das Obergericht. Am 12. September 1996, fünf Tage vor unserer Veranstaltung, wurde öffentlich bekannt, dass auch der Rektor des Untergymnasiums der Kanti Zug der Universalen Kirche angehörte.

Die Sozialistisch-Grüne Alternative (SGA) forderte den Austritt des Rektors aus der Universalen Kirche, andernfalls dessen Absetzung als Rektor. «Die Mitgliedschaft in einer antisemitischen Sekte ist mit dem Amt eines Schulleiters nicht vereinbar.» Aber wir forderten nicht die Entlassung als Lehrer, weil es sich bei diesem um einen «Brotberuf» handle. Weiter verlangten wir Aufklärung über «rechtsextreme Sekten an der Kanti» und die Beendigung der Berufsverbotspolitik gegen alternative Linke. Es ging schon länger das Gerücht herum, die Kanti sei ein «VPM-Nest» geworden, nachdem der «Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis» an den Zürcher Schulen nicht mehr erwünscht war.

Am 14. September 1996 wurde öffentlich bekannt, dass der Kanti-Rektor

selbst am Aufmarsch in Trogen teilgenommen hatte. Trotz all dieser Informationen und obwohl die Kantonsschul-Lehrerinnen und -Lehrer zusätzlich wussten, dass der Rektor ein führendes UK-Mitglied in die obligatorische Weiterbildung einbezogen hatte, passierte etwas Unglaubliches: Die Hälfte des Lehrkörpers stellte sich in einem Schreiben an den Regierungsrat hinter den Rektor und wehrte sich gegen dessen Absetzung. Die Erklärung ging in keinem Wort auf die Frage des Antisemitismus ein.

## VPM statt Alternative

Am Dienstag, den 17. September, konterte einer deren Vertreter im Bärensaal auf diese Kritik: «Wir haben alle Dreck am Stecken. Ihr setzt zu hohe moralische Ansprüche.» Kurz darauf schickten dessen Erstklässler, die erst seit ein paar Wochen an der Schule waren, einen im Unterricht verfassten Leserbrief zugunsten des Rektors an die Medien. Ein anderer Mitautor der Erklärung schrieb uns in einem Brief: «Zukünftig wird der Justizdirektor (Hanspeter Uster) verfügen, dass bei jedem Spaghetti-Kauf ein philosemitisches Bekenntnis abgelegt werden muss.» Der Satz hing zusätzlich an der Kanti an einem Anschlagsbrett! An der SGA-Veranstaltung, an der viele Lehrer:innen teilnahmen, gab es aus der Kanti eine einzige Stimme, die den Rücktritt des Rektors verlangte. Es war eine Schülerin.

In der ganzen Zuger Affäre um die Universale Kirche, die von 1996 bis 1999 zu Hunderten von Zeitungsartikeln und Zuschriften führte, war das Mitlaufen so vieler Kantilehrer:innen das Bedenklichste. Da sich das Gros des Kanti-Lehrkörpers kaum unterschied von dem anderer Mittelschulen anderer Kantone, stellte sich die Frage: Was war anders in Zug? Das Besondere lag in zwei Tatsachen, die miteinander zusammenhängen: Das Pro-Rektor-Lager verfügte mit den VPM-Mitgliedern über aktivi-

stische und gut vernetzte Leute. Und: Als Folge des Berufsverbots gegen die Alternative Linke fehlten jene Leute, die sofort eine Gegenkampagne aufgebaut hätten. Die Tatsache, dass etliche Lehrer:innen später ihre Unterschrift bereuten, zeigt, wie wichtig die Präsenz von entschlossenen Andersdenkenden, die sich nicht durch Stimmungsmache beeindrucken lassen, gewesen wäre. Wie wichtig dem VPM der Verbleib des UK-Mitglieds im Rektorat war, enthüllte dessen Organ «Zeit-Fragen» im Oktober 1996. Dieses zielte unter dem Titel «Trotzkistisches Spiel mit dem Feuer» gegen Jürg Frischknecht, Hanspeter Uster und den Schreibenden. «Sollte es tatsächlich gelingen, diesen Rektor abzuschliessen, würde der Weg zur Umgestaltung in ein politisches Reformgymnasium frei.» (31/1996). Ehemalige VPM-Mitglieder, auch solche, die nach ihrem Austritt an der Kanti geblieben waren, erklärten uns, die rechtslastige Psycho-Sekte befürchte «ihre wichtigste Protektion» zu verlieren.

### Alternative Veranstaltung an der Kanti

Die wenigsten Lehrer:innen, die den Rektor verteidigten, taten das aus antisemitischen Gründen. Das erleichterte den unter dem Druck einer irritierten Öffentlichkeit in Gang gebrachten Lernprozess. So kam es, dass die SGA am 16. April 1997 ihre dritte Veranstaltung zum Thema Antisemitismus an der Kanti durchführte. Wir taten das im Rahmen der kurz zuvor eröffneten Wanderausstellung «Anne Frank und wir».

Am 25. September 1996, eine Woche nach unserer ersten Veranstaltung, teilten besorgte Bürgerinnen und Bürger aus Neuheim uns Alternativen mit, dass der Vizepräsident des Gemeinderates ebenfalls der antisemitischen Sekte angehörte. Nach einem Telefongespräch mit dem Betreffenden machten wir dessen Mitgliedschaft publik und forderten seinen Rück-



Dieser Screenshot stammt aus dem im Kasten erwähnten 10-vor-10-Bericht. Er zeigt die Verbindung zwischen dem Prozess in Trogen und dem Kanton Zug.

tritt. Diese Forderung wurde von seiner Gruppe, den Freien Wählern, konsequent unterstützt. Sie meisterte ihr Problem mit einer kommunalen Aufklärungskampagne über die Universale Kirche und deren Judenhass vorbildlich. Im Rahmen dieser Debatte kam aus, dass der Kanti-Rektor den UK-Mitgläubigen als Biobauern vor Schulklassen eingeladen hatte. Da auch die beiden anderen Neuheimer Ortsparteien, CVP und FDP, den Rücktritt des Antisemiten verlangten, nahm dieser am 4. Oktober 1996 den Hut.

### Starke Regierung – schwaches Obergericht

Die Regierung verfolgte gegenüber dem Rektor unter deren beiden Vordenkern, dem Erziehungsdirektor Walter Suter (CVP) und dem Justizdirektor Hanspeter Uster (SGA), eine klare Linie: Austritt aus der Sekte oder Absetzung als Rektor, Verbleib als Lehrer, sofern er sich vom Antisemitismus der Universalen Kirche konkret distanziert. Dem kam er nach längerem Zögern Ende Januar 1997 nach.

So gab die Regierung am 27. Februar 1997 bekannt, dass der abgesetzte Rektor Lehrer bleiben darf. Wir veröffentlichten am gleichen Tag eine Medienmitteilung, die regional und national starke Beachtung fand. Ihr Titel lautete: «Die Regierung begründet korrekt, das Obergericht skandalös». Die Aufsichtsbehörde über die Rechtsanwälte hatte diesen rein gewaschen, weil er die «Durchsage», «die Juden» hätten «den Zweiten Weltkrieg angezettelt», insofern relativierte, als diese «nur bestimmte oder einzelne Juden» betrafen und die Juden «nur als Teil-Ursachen gemeint sind». Die SGA schrieb dazu: «Auch das ist ungeheuerlich und im Falle von gegebener Öffentlichkeit wohl auch strafbar. Es ist uns schleierhaft, warum das Obergericht, das sich fast ein Jahr Zeit genommen hat, schreiben kann, es betrachte es, als glaubwürdig, dass ihm Rassismus und im besonderen Antisemitismus fremd sind.» Eine solche Verharmlosung bedeutet zugleich eine Verharmlosung der Universalen Kirche und des Antisemitismus überhaupt.»

### Die Schlüsselfrage

In der Folge reichte der Schreibende eine Interpellation ein, die das Akteneinsichtsrecht verlangte. Ihre Schlüsselfrage lautete: «Wie kommt das Obergericht zur Einschätzung, dass dem UK-Direktionsmitglied ‚Antisemitismus fremd‘ sein soll?» Das Obergericht antwortete derart arrogant, dass es zu zwei weiteren Interpellationen kam. Auch prominente bürgerliche Rechtsanwälte und Kantonsräte wie Toni Gügler (CVP) und Christoph Straub (FDP) verlangten, «dass Langs Frage beantwortet wird». Erst eine gemeinsame Erklärung aller fünf Fraktionspräsidien, unter ihnen Manuela Weichelt, vom 5. Juli 1999 führte zu einer Bestätigung des Akteneinsichtsrechts der kantonsrätlichen Justizkommission. Damit ging ein zweijähriger Machtkampf zwischen Legislative und Judikative, in dem es im Kern um die Frage des Antisemitismus ging, zu Ende.

Allerdings hatte die Mehrheit der FDP, die mit der Anwaltskanzlei des UK-Mitglieds verbunden war und der auch der Präsident des Obergerichts angehörte, wiederholt in Frage gestellt, dass das Parlament und die Öffentlichkeit das Recht haben, auf die Schlüsselfrage eine Antwort zu bekommen. Dabei wurde sie von der SVP, die bereits damals in engem Kontakt mit dem VPM stand, unterstützt. Bei der FDP passierte etwas Ähnliches wie im Kanti-Lehrkörper. Sie verteidigte den Rechtsanwalt nicht, weil sie antisemitisch gewesen wäre. Aber es fehlte ihr an jenem antiantisemitischen Bewusstsein, das es brauchte, um sich von einer nahestehenden Person zu distanzieren, die einer antisemitischen Sekte angehörte. ■

### Esoterik und Judenfeindlichkeit

Aus einem vierseitigen Interview von Brigitte Landolt mit Josef Lang im Oktober-Bulletin 3/96:

#### Welche Einschätzung hast Du allgemein von der Judenfeindlichkeit im Kanton Zug?

Der Antisemitismus ist nicht viel stärker, als ich befürchtet habe. Aber der Anti-Antisemitismus ist viel schwächer, als ich gehofft habe.

#### In einer Erklärung zum Neuheimer Gemeinderat hast Du einen Zusammenhang hergestellt zwischen esoterischen Sekten und ökokonservativen Fundpositionen einerseits sowie jüden- oder fremdenfeindlichen Haltungen andererseits?

Genau wie es früher keinen zwingenden, aber einen auffälligen Zusammenhang gab zwischen Christentum und Antisemitismus, gibt es heute keinen unausweichlichen, aber unübersehbaren zwischen ökokonservativer Esoterik und Judenfeindlichkeit. Ökokonservative Esoterik und Antisemitismus haben gemeinsam die Fundamentalkritik an der Moderne, an der Aufklärung und an deren Hauptinstanz, der menschlichen Vernunft. Beide naturalisieren sie den Menschen derart stark, dass seine «Rassen»-Zugehörigkeit plötzlich wichtiger wird als die individuelle Persönlichkeit.

### Reihe gegen Antisemitismus

Die SGA führte 1996/97 drei hochkarätige Veranstaltungen gegen den Antisemitismus durch. Die erste vom 17. September 1996 wird im Text vorgestellt. Die zweite vom 30. Januar 1997 war ein innerjüdisches Generationengespräch zwischen dem in Hergiswil aufgewachsenen Sigi Feigel und der Psychoanalytikerin und Autorin Madeleine Dreyfus. An der dritten vom 16. April 1997 über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg sprachen der jüdische Gelehrte Ernst Ludwig Ehrlich, der Geschichtspräsident Jakob Tanner (Bergier-Kommission) und der Grüninger-Kenner Stefan Keller.

### Prozess in Trogen

Unter folgendem Link findet man einen 10-vor-10-Bericht (vom 11.07.1996) über den Prozess in Trogen, an dem 200 Sekten-Mitglieder in Mönchskuten teilnahmen (unter anderem der damalige Kanti-Rektor).



# Völkerrecht ernst nehmen

Josef Lang

## Das Völkerrecht ernst nehmen erheischt die Verurteilung jeder schwerwiegenden Verletzung.

Putins Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022, die Besetzung von Teilen des Landes, Massaker wie das in Butscha, all die Raketenangriffe gegen Ziele, die auch Zivilpersonen treffen, sind schwerwiegende Verletzungen des Völkerrechts. In der Schweiz haben die meisten, aber nicht alle Parteien sowie politischen Personen und Kräfte den russischen Angriffskrieg und die Kriegsverbrechen verurteilt. Dasselbe gilt für den barbarischen Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 auf israelische Bürgerinnen und Bürger. Weniger deutlich ist die Verurteilung der Kaskade von Kriegsverbrechen durch die israelische Armee im Gazastreifen.

### Duldung von Putins Krieg

Es gibt Gruppen und Personen, die Putins Völkerrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen ganz oder weitgehend verschweigen und gegen die durch Israel verübten auf die Strasse gehen. Von den über 80 Organisationen, welche die Basler Palästina-Demonstration vom 13. Januar 2024 unterstützten, haben nur wenige Putins Völkerrechtsverletzungen unmissverständlich und wiederholt verurteilt. Der Demoaufzug selber erwähnte die Massaker der Hamas wie auch die israelischen Geiseln in keinem Wort. Organisationen, die eine solche Haltung vertreten, sind nicht besonders glaubwürdig, wenn sie die Kriegsverbrechen Israels verurteilen und die Durchsetzung des Völkerrechts im Nahen Osten verlangen. Ebenso fragwürdig ist die Haltung jener Kreise, welche die Völkerrechtsverletzungen und Massaker Putins wie auch die der Hamas in aller Schärfe verurteilen, aber zu den israelischen Kriegsverbrechen schweigen. Diese haben in Gaza mehr Zivilpersonen das Leben gekostet als in der Ukraine. Die Tatsache, dass die israelische Armee im Unterschied zur

russischen auf einen Angriff reagierte, rechtfertigt die fehlende Kritik nicht. Das humanitäre Völkerrecht (*ius in bello*) gilt für alle Kriegführenden, unabhängig von der Rechtmässigkeit einer militärischen Reaktion. Das humanitäre Völkerrecht verbietet Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Objekte. Dasselbe gilt für Angriffe auf



Glaubwürdig ist nur, wer das humanitäre Völkerrecht hochhält.

militärische Ziele, wenn sie unverhältnismässige Schäden für Zivilpersonen oder an zivilen Objekten verursachen. Die hohe Anzahl von Toten, unter ihnen viele Kinder, wie auch die Zerstörung überlebenswichtiger Einrichtungen im Gazastreifen lassen keinen Zweifel auf, dass Israel das Kriegsvölkerrecht massiv verletzt. Dazu kommt, dass die jahrzehntelange israelische Besatzungs- und Siedlungspolitik ohnehin völkerrechtswidrig ist.

### Schweigen zu Gaza

Besonders störend ist das Schweigen zu Gaza von Parteien und Politiker:innen, die im Falle der Ukraine zur Durchsetzung des Völkerrechts Waffenlieferungen aus der Schweiz verlangen, obwohl solche

klar gesetzeswidrig sind. Eine derart extrem ungleiche Empathie mit zivilen Opfern verschiedener Völker wirft die Frage auf, ob alle Menschen als gleich und alle Menschenleben als gleichwertig betrachtet werden. Glaubwürdig sind jene, die das Völkerrecht, insbesondere das humanitäre, in beiden Kriegen hochhalten. Dazu gehören all die Organisationen und Personen, die sich an Kundgebungen für einen gerechten Frieden in der Ukraine wie im Nahen Osten

beteiligt haben. Was in Osteuropa wie im Nahen Osten ein gerechter Friede ist, bestimmt das Völkerrecht. Im Fall der Ukraine ist es ein Rückzug der russischen Truppen an die Grenzen vor der Krimbesetzung. Im Falle von Israel/Palästina ist es das Ende der israelischen Besatzung und der Siedlungspolitik, die gegenseitige Anerkennung der Existenz von zwei Völkern und das Recht der Palästinenser:innen auf Eigenstaatlichkeit, sei es im Sinne einer Zweistaatenlösung oder einer binationalen Föderation. Was auch zu einem gerechten Frieden gehört, ist die Freilassung aller Geiseln und Kriegsgefangenen sowie die Ahndung aller Völkerrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen. ■

# Zwei Jahre Krieg und Zug

Luzian Franzini, Kantonsrat ALG Stadt Zug

24

**Seit Februar 2022 sind in der Ukraine 10 378 Zivilist:innen ums Leben gekommen. 19 632 wurden verletzt. Für die ALG der Anlass, mit einer Mahnwache vor der Firma Nordstream der Opfer zu gedenken.**

Kinder in den Frontregionen der Ukraine haben in den vergangenen zwei Jahren zwischen 3000 und 5000 Stunden in Kellern und unterirdischen U-Bahn-Stationen Schutz gesucht, während über ihnen Fliegeralarm ertönte. Das entspricht einer Dauer von vier bis knapp sieben Monaten unter dem Boden in ständiger Angst. Das sind Zahlen auf der Basis einer Analyse des Kinderhilfswerkes Unicef. Millionen von Menschen haben ihr Zuhause verloren oder sind im eigenen Land und in Europa auf der Flucht.

## Mahnwache zum Gedenken

Am Vorabend des zweijährigen Jahrestages organisierte die ALG eine Mahnwache vor der Firma Nordstream in Zug. 50 Prozent der russischen Einnahmen auf der föderalen Ebene kommen aus dem Rohstoffhandel, und davon laufen laut Schätzungen rund 70 Prozent über die Schweiz, ein Grossteil davon auch über Zug. Und obwohl sich die Schweiz den EU-Sanktionen angeschlossen hat, sind noch immer staatlich-russische Gesellschaften hier in Zug aktiv und füllen so auch die Kriegskassen Russlands. Erstes Beispiel: Von den acht grossen russischen Kohlehändlern und -förderern, die vor der Invasion in Zug waren, sind sieben immer noch hier aktiv. Drei haben zwar ihren Namen gewechselt, doch die Förderung und der Verkauf von Kohle gehen weiter. Russische Kohle ist eine wichtige Einnahmequelle für Putin.

Zweites Beispiel: Die russische Staatsbank Sberbank gehört dem russischen Finanzministerium. In ganz Europa musste sie ihre Filialen schliessen. Jüngst wurde das Europageschäft an eine Genfer Bank verkauft. Doch die einzige noch aktive Filiale in ganz Europa, die Sber Trading Swiss AG,

ist noch immer in Zug registriert. Es handelt sich um den Rohstoffarm der Bank. Auch nicht-russische Firmen wie Glencore verdienen weiterhin mit russischen Anteilen. Noch immer halten sie 10,55 Prozent der Anteile an EN+ und eine 0,5 Prozent-Beteiligung an Rosneft, die vom russischen Staat gegründet wurde. Mit Rohstoffen wird der Krieg finanziert.



Mahnwache, 2 Jahre nach Kriegsbeginn.

## Griffige Massnahmen gefordert

Bekannte Oligarchen geschäften weiter in Zug. Der ehemalige Vize-Ministerpräsident und Freund von Putin, Wladimir Potanin, ist bis heute nicht auf der Sanktionsliste der EU und der Schweiz. Er gilt als reichster Russe, und sein Konzern Nor Nickel deckt nach wie vor 38 Prozent des weltweiten Palladiums-, 17 Prozent des Nickels- und zehn Prozent des weltweiten Platinmarktes ab. Weshalb Potanin nicht auf der EU-Sanktionsliste figuriert, ist unklar. Es wird vermutet, dass dies mit der Versorgungssicherheit mit diesen seltenen Metallen zu tun hat. Auch die Gelder von anderen russischen Privatpersonen wurden noch nicht eingefroren oder

wurden noch nicht einmal entdeckt. Erst sieben Milliarden von Oligarchen sind in der Schweiz eingefroren, von geschätzten 150 Milliarden Gesamtvermögen.

Es ist klar: Ohne Register der wirtschaftlich Berechtigten ist es fast unmöglich, noch weitere Vermögenswerte zu finden. Entsprechend sollte sich die Regierung für eine schnelle Umsetzung eines entsprechenden Vorstosses der Zuger Nationalrätin Manuela Weichelt einsetzen. Zudem braucht es eine Revision des Geldwäschereigesetzes, in der auch Wirt-

schaftsanwälte, die als Strohmänner für Diktatoren und Oligarchen in Zug fungieren, unter die Sorgfaltspflicht fallen. Die Zuger Regierung soll sich in Bern zudem dafür einsetzen, dass die Schweiz alle notwendigen Schritte für eine lückenlose Durchsetzung der Sanktionen unternimmt. Nur wenn der politische Wille vorhanden ist, dass die Schweiz und Zug kein sicherer Hafen zum Auffüllen der russischen Kriegskasse sind, können Sanktionen endlich effektiv greifen.

Für dieses Umdenken stehen wir weiterhin ein. Denn ein sauberer Zuger Rohstoffhandelsplatz ist nicht nur im Interesse der ukrainischen Bevölkerung, sondern vor allem auch im Interesse von Zug. ■



# Progressivste Verfassung

Josef Lang

**Vor 150 Jahren schenkte sich das Schweizer Männervolk die fortschrittlichste Verfassung der Welt. Am 19. April 1874 sagten 63 Prozent der Schweizer Männer bei einer Stimmbeteiligung von 82 Prozent Ja zu einer neuen Bundesverfassung. Sie war weltweit die progressivste. Ausser beim Frauenstimmrecht, das erstmals 1893 in Neuseeland eingeführt wurde, brachte die Bundesverfassung auf allen Ebenen Fortschritte.**

Die wichtigste Veränderung war die Judenemanzipation. Der Bundesstaat von 1848 hatte nur Katholiken und Protestanten die politischen und religiösen Rechte garantiert. Das wichtigste Schlagwort der Konservativen gegen die neue Bundesverfassung lautete: «Die Schweiz hört auf, ein christlicher Staat zu sein, weil die Jud' und Heid' und Hottentot' ganz gleich viel Rechte haben.» Mit den «Heiden» waren die Freisinnigen gemeint. Mit den «Hottentotten» wurde auf die Sklavenemanzipation in den USA 1865 angespielt.

Die neue säkulare Bundesverfassung beinhaltete die Religionsfreiheit ab dem 16. Altersjahr, die Einführung der Zivilehe und des Scheidungsrechts, die Legitimierung der bislang stark diskriminierten vorehelich geborenen Kinder durch eine nachfolgende Ehe. Die Begräbnisplätze, deren kirchliche Kontrolle häufig zur Diskriminierung Andersgläubiger geführt hatte, wurden kommunalisiert. Das Zivilstandsregister wechselte vom Pfarrhaus ins Gemeindehaus. Weitere Kulturkampfbestimmungen, die auf die Dogmatisierung der päpstlichen Unfehlbarkeit 1870 reagierten, betrafen den Jesuitenorden sowie die Neugründung von Klöstern und Bistümern.

## Referendum ohne Ständemehr

Das Referendumsrecht ermöglichte erstmals Abstimmungen über Gesetzesänderungen und allgemein verbindliche Bundesbeschlüsse. Bislang gab es bloss obligatorische Abstimmungen über behördliche Verfassungsänderungen. Eine intensive Debatte gab es um das Ständemehr

und zwar sowohl bei Verfassungswie Gesetzesvorlagen. Eine Minderheit hatte dessen allgemeine Abschaffung verlangt. Der Solothurner Simon Kaiser sagte, dass man «von der einzigen lebendigen Kraft, die den Staat konstruiert, nämlich dem Bürger, auszugehen hat.» Schliesslich verzichtete man bloss beim neuen Gesetzes-Referendum auf das Ständemehr – gegen heftigen Widerstand der Konservativen und welschen Föderalisten. Das Initiativrecht wurde 17 Jahre später eingeführt.

Ein riesiger Fortschritt war die politische Gleichberechtigung der Neuzuzüger in den Wohnorten, die nicht ihre Bürgerorte waren. Bereits damals gab es wegen der rasanten Industrialisierung fast so viele Niedergerlassene wie Ortsbürger. Ein gewichtiger demokratischer, säkularer und sozialer Fortschritt war die Verpflichtung der Kantone, einen Primarschulunterricht anzubieten, der «obligatorisch, unentgeltlich und genügend» war. Dieser muss von den Angehörigen aller Bekenntnisse «ohne Beeinträchtigung ihrer Glaubens- und Gewissensfreiheit» besucht werden können. Es dauerte ein Jahrhundert, bis das überall der Fall war.

Die Bundesverfassung von 1874 war nicht nur die erste, die die direkte Demokratie einführte. Sie war auch die erste, die den Arbeiterschutz und damit ein Fabrikgesetz verlangte sowie ökologische Zwecke wie den Wald-, Vogel-, Fisch- und Wildschutz beinhaltete. Die Schweiz war auch Pionierin beim Verbot der Körperstrafen und der Todesstrafe. Diese wurde allerdings nach einem Rechtsrutsch

1879 den Kantonen erlaubt. Zehn Kantone, davon neun katholische, führten sie wieder ein.

Ein Fortschritt war auch aus armeekritischer Sicht die Bildung eines «Bundesheers» aus den «Kontingenten der Kantone». 1870/71 war es im Deutsch-Französischen Krieg in Grenznähe zu Gefechten gekommen. Allerdings gab es zu wenige Vorkehrungen gegen innere Armeeeinsätze und die «Verpreussung», vor der die Radicaux gewarnt hatten.

Möglich wurde die damals fortschrittlichste Verfassung der Welt dank eines Bündnisses von freisinnigen Kulturkämpfern, den Demokraten und den Grütlianern, die später die Sozialdemokratie gründeten. ■

25

## Separatum aus dem Buch «Demokratie in der Schweiz»



Verlag Hier und Jetzt, 2020

Die 36seitige Schrift ist gratis zu beziehen bei: [Josef.lang@bluewin.ch](mailto:Josef.lang@bluewin.ch)



26

**LAS TORERAS**

Montag, 8. April 2024  
20 Uhr  
Kino Gotthard

Als Künstlerin hat Jackie ihr Glück gefunden. Schon ihre spanische Mutter begeisterte sich für Kunst, konnte sie in der Schweiz aber nie ausleben und erkrankte psychisch. Das Unglück ihrer Mutter hat Jackie nie losgelassen. Mit Hilfe ihrer Kunstfigur Jack Torera versucht sie, das Geheimnis zu enträtseln, das ihre spanische und ihre Schweizer Familie entzweite. Eine faszinierende, autobiografische Dokumentation über den Wagemut und die Kraft, sich familiären Tabus zu stellen und so Versöhnung zu ermöglichen. Nomination Schweizer Filmpreis 2024 (Dok). Nach dem Film Q&A mit Jackie Brutsche.

**WHITE FLAG**

Montag, 13. Mai 2024  
20 Uhr  
Kino Gotthard

Die beiden jungen Frauen, Saran und Naran, pflegen ein intimes Verhältnis zueinander, was in der Mongolei ein absolutes Tabu darstellt. Sie versuchen deshalb, in der Weite der mongolischen Steppe ein neues Leben als Nomadinnen zu beginnen. Als in der Gegend ein Mann vermisst wird, taucht bei ihnen ein städtischer Ermittler auf, der sich in ein emotionales Netz verstrickt, das erkennen lässt, wie nahe Recht und Unrecht beieinander liegen. Kraftvolle Bilder, kunstvoll gestaltet. Batbayar Chogsom ist anwesend für Q&A nach dem Film.

**WIR WAREN KUMPEL**

Montag, 10. Juni 2024  
20 Uhr  
Kino Gotthard

Schwarzer Staub, dunkle Tunnel und starke Arbeiter, die einen Grossteil ihres Lebens im Bergwerk verbringen. Diese ganz eigene Welt gehört der Vergangenheit an. Ende 2018 wurde die letzte deutsche Steinkohlenzeche geschlossen. Gleichzeitig wurde die Klimabewegung, Fridays for Future, lauter. Fünf Bergleute werden bei ihren letzten Tagen in der Zeche und bei ihrer tragisch-humorvollen Suche nach neuen Rollen im Leben mit der Kamera begleitet. Herzewärmender, kraftvoller, authentischer Einblick in eine andere Welt. Christian Johannes Koch ist anwesend für Q&A



Elke Mangelsdorff, FLIZ, FilmLiebhaberInnen Zug



Mittwoch, 3. April 2024

**Alternative Monatsbar**

Im Siehbachsaal Zug  
18:15 Jahresversammlung  
Grüne Kanton Zug,  
anschliessend gute  
Gespräche, ab 19:30 feines  
Essen (es kocht die Orts-  
gruppe Rotkreuz)

Mittwoch, 1. Mai 2024

**Maifeier ab 17:00**

Landsgemeindeplatz, mit  
Slam-Poetry, Musik, Reden  
und feinem Essen.

Mittwoch, 8. Mai 2024

**Alternative Monatsbar**

Im Siehbachsaal Zug  
Ab 19:30 feines Essen  
(es kocht die Ortsgruppe  
Hünenberg)

Mittwoch, 5. Juni 2024

**Alternative Monatsbar**

Im Siehbachsaal Zug  
18:45 Luzian Franzini:  
Schweiz. Gewerkschafts-  
bund (Geschichte, Organisa-  
tion, Ziele), anschliessend  
gute Gespräche, ab 19:30 fei-  
nes Essen.

**Tagesaktuelle Übersicht der  
Veranstaltungen finden Sie  
unter: [gruene-zug.ch](https://gruene-zug.ch)**



### Die Alternativen im Kanton Zug

#### Alternative – die Grünen Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug  
+41 79 519 81 91  
www.alternative-zug.ch  
info@alternative-zug.ch

#### Alternative – die Grünen Baar

André Guntern  
info@alternative-baar.ch

#### Alternative – die Grünen Cham

Anne Hänel und Frederic Moeri  
mail@alternative-cham.ch

#### Grünes Forum Hünenberg

Rita Hofer  
info@gruenes-forum-huenenberg.ch

#### Alternative – die Grünen Menzingen

Barbara Beck  
b.beck-iselin@bluewin.ch  
Daniel Stünzi  
dstuenzi@yahoo.com

#### Forum Oberägeri

Philipp Röllin  
roellin.ph@bluewin.ch

#### Grüne Risch-Rotkreuz

Hanni Schriber-Neiger  
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

#### Grüne Steinhausen

6312 Steinhausen  
steinhausen@gruene-zug.ch

#### Alternative – die Grünen Unterägeri

Beat Ryser  
beatryser@yahoo.com

### Alternative – die Grünen Stadt Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug  
info@alternative-stadt.ch

#### Junge Alternative Zug

Malena Raud & Linus Heim  
Metallstrasse 5, 6300 Zug  
junge@alternative-zug.ch

#### Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat

gruene-zug.ch

#### Grüne Partei Schweiz

gruene.ch



**Facebook**  
fb.com/AlternativeZug



**Twitter**  
@AlternativeZG



**Instagram**  
@alternativegruene



**WhatsApp-Newsletter**  
Sende deinen Namen per  
WhatsApp an 079 519 81 91



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autor\*innen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen

**BULLETIN** Nr. 1, März 2024

Erscheint viermal jährlich

**Herausgeber:**  
Verein DAS BULLETIN

**Adresse:**  
BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug, Metallstrasse 5, 6300 Zug

**Redaktion:**  
Natalie Chiodi, Hansruedi Küttel, Franz Lustenberger, Lorenzo Martinoni,

**Kontakt:**  
bulletin\_redaktion@bluewin.ch

**Lektorat:**  
Berty Zeiter

**Fotos:** Paula Gisler

**Gestaltungskonzept:**  
S.H.E.D. GmbH

**Produktion:**  
Satz, Bild und Druck:  
DMG Zug, dmg.ch

Gedruckt auf Refutura GSM, 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC-zertifiziert

**Nutzaufgabe:** 630 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–  
Kleinverdiener\*innen: Fr. 10.–  
Unterstützungsabo: Fr. 50.–

Mitglieder der Jungen Grünen erhalten das BULLETIN gratis  
Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.–

**Einzahlungen auf:**  
Verein DAS BULLETIN  
6304 Zug  
CH94 0900 0000 6003 0584 6

**Redaktionsschluss**  
Nr. 2/24:  
Freitag, 14. Juni 2024

**Erscheinungsdatum**  
Samstag, 6. Juli 2024

**DAS BULLETIN**  
[gruene-zug.ch/publikationen/bulletin](http://gruene-zug.ch/publikationen/bulletin)

P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:  
Alternative - die Grünen Zug,  
Metallstrasse 5, 6300 Zug  
[info@alternative-zug.ch](mailto:info@alternative-zug.ch)

